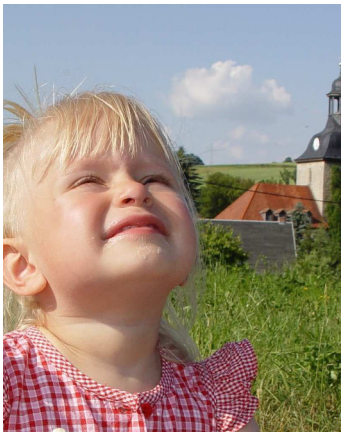
Schriftenreihe

Heft 07, 2010



Dörfer ohne Menschen!?

zwischen Abriss, Umnutzung und Vitalisierung

und

Mehr Dorf für weniger Bürger – Chancen und Perspektiven für ländliche Siedlungen

Deutsche Landeskulturgesellschaft
DLKG

Dörfer ohne Menschen!? –
zwischen Abriss, Umnutzung und Vitalisierung

Mehr Dorf für weniger Bürger –
Chancen und Perspektiven für ländliche Siedlungen

Schriftenreihe
Deutsche Landeskulturgesellschaft – DLKG

Heft 7

Dörfer ohne Menschen!? – zwischen Abriss, Umnutzung und Vitalisierung

und

Mehr Dorf für weniger Bürger – Chancen und Perspektiven für ländliche Siedlungen

Herausgegeben vom
Vorstand der Deutschen Landeskulturgesellschaft – DLKG
© 2010

Herausgeber:
Deutsche Landeskulturgesellschaft – DLKG
c/o Leibniz-Zentrum für
Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V.
Institut für Landnutzungssysteme
Eberswalder Straße 84
15374 Müncheberg

Schriftleitung:
Dipl.-Ing. agr. Joachim Omert
Amt für Ländliche Entwicklung Unterfranken
Zeller Straße 40
97082 Würzburg

Dipl.-Ing. geod. Thomas Mitschang
DLR Rheinhessen-Nahe-Hunsrück
Abt. Landentwicklung und Bodenordnung
Rüdesheimer Str. 60 – 68
55543 Bad Kreuznach

Textredaktion:
Viola Kannemann
Renate Richter
c/o Leibniz-Zentrum für
Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V.
Institut für Landnutzungssysteme
Eberswalder Straße 84
15374 Müncheberg

Umschlagbild
Foto und Gestaltung:
Dipl.-Ing. agr. Maik Schwabe
Thüringer Landesanstalt
für Landwirtschaft (TLL) Jena
Naumburger Str. 98a
07743 Jena

Paul Seethaler
Bayerische Landesanstalt
für Landwirtschaft (LfL) Freising
Vöttinger Straße 38
85935 Freising

Verantwortlich für den Inhalt: Die Verfasser der Beiträge

Druck und Bindung: Pro BUSINESS
Digital printing & copyservice GmbH
Schwedenstraße 14
13357 Berlin

Telefon: (030) 499 785-0
Telefax: (030) 499 785-55
info@pro-business.com
www.pro-business.com

Zu beziehen über: Geschäftsstelle
Deutsche Landeskulturgesellschaft – DLKG
c/o Leibniz-Zentrum für
Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e. V.
Institut für Landnutzungssysteme
Eberswalder Straße 84
15374 Müncheberg

Telefon: (033432) 82-310
Telefax: (033432) 82-387
vkannemann@zalf.de
www.dlkg.org

Preis: € 14 zuzüglich Versand

© 2010
Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft – DLKG
ISSN: 1614-5240

Inhaltsverzeichnis

Vorwort *(Armin Werner)* 9

**Teil 1: Dörfer ohne Menschen!? –
zwischen Abriss, Umnutzung und Vitalisierung**
(Beiträge der Vortragsveranstaltung am 15. Oktober 2009)

Neue Wege zur Innenentwicklung in der Dorferneuerung
(Leonhard Rill) 13

Dörfer beleben, Flächen sparen – zukunftsfähige Konzepte der Dorfinnenentwicklung *(Martina Klärle)* 29

Haben unsere Dörfer noch Zukunft? Strategien für die Dorfentwicklung im 21. Jahrhundert *(Anne Ritzinger)* 37

Dorf-GERECHT … Lebensqualität neu organisieren – Beispiele aus Sachsen *(Angela Kunz & Ulrike Schumacher)* 53

Selbst ist das Dorf – Flächensparen in kommunalen Projekten
(Otmar Weber) 69

Interkommunale Zusammenarbeit, Gewerbeansiedlung und Leerstandsbörsen – ein erfolgreicher Weg für die Stabilisierung ländlicher Räume *(Siegfried Erhard)* 71

Gemeindeallianz Hofheimer Land *(Wolfgang Borst)* 83

Überalterung, fehlende Arbeitsplätze, abwandernde Jugendliche und infrastrukturelle Defizite prägen unsere Dörfer. – Kann die Dorfinnenentwicklung wirksame Impulse setzen? *Ergebnisse der Podiumsdiskussion mit den Referenten am 15. Oktober 2009 (Axel Lorig)* 89

Teil 2:
Mehr Dorf für weniger Bürger –
Chancen und Perspektiven für ländliche Siedlungen
(3 parallele Workshops am 14. Oktober 2009)

Workshop 1: „Selbst ist das Dorf: Wie helfe ich mir als kleine Gemeinde bei schrumpfender Einwohnerzahl, wegbrechender Infrastruktur, veränderter Energiesituation?“ *(Andrea Soboth)* 95

Workshop 2: „Soziale Prozesse in Dörfern gestalten: Wie organisiere ich Vereine, Feuerwehr und Ehrenamt mit immer weniger und älteren Bürgerinnen und Bürgern?“ *(Otmar Weber)* 101

Workshop 3: „Flächen und Häuser in ihrem Wert erhalten: Wie gestalte ich als Planer, Bürgermeister und aktiver Bürger partizipatives Flächenmanagement?“ *(Paul Frowein)* 103

Die „Würzburger Erklärung 2009“ *(Vorstand der DLKG)* 111

Anschriften der Autoren 115

Redaktionelle Richtlinien für Autoren 121

Vorwort

Dr. agr. Armin Werner
Vorsitzender der DLKG

Aufgegebene landwirtschaftliche Betriebe, leer stehende Häuser, für immer geschlossene Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen, Überalterung sowie ein teilweise sehr großer Bevölkerungsrückgang – das sind immer öfter Realitäten in vielen Dörfern Deutschlands.

Schon jetzt zeigt sich, dass insbesondere die peripheren ländlichen Räume von den Folgen der demographischen Entwicklung sowie vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel besonders betroffen sind.

Aber zunehmend bleiben auch ländliche Gebiete im Umkreis städtischer Verdichtungsräume vom schleichenden Funktions- und Vitalitätsverlust nicht verschont. Doch trotz der schwierigen Rahmenbedingungen zeigen immer wieder einige Dörfer und Gemeinden aus allen Teilen Deutschlands, dass im erwarteten oder laufenden Strukturwandel auch eine Chance stecken kann, die es zu nutzen gilt. Gelegentlich entstehen solche Beispiele aufgrund zufälliger Konstellationen von Ausgangssituationen und externen Einflüssen. Oft sind es aber besondere Persönlichkeiten, die Chancen sehen und sich derartigen Aufgaben für ‚ihre' Gemeinde oder Region in besonderer Weise einbringen. Dies dann auch regelmäßig mit positiv überraschenden Ergebnissen, nicht selten mit nachhaltiger Wirkung.

Denken und Handeln mit regionalen Bezügen, Aktivierung der Eigenkräfte, interkommunale Zusammenarbeit und integrierte Entwicklungskonzepte, Aufbau von Netzwerken und Wertschöpfungsketten, neue Verantwortungsgemeinschaften zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung und die aktive Mitwirkung der Menschen in der Region seien hier nur beispielhaft genannt, um die strukturellen und funktionalen Veränderungen in den Dörfern und Gemeinden aktiv zu steuern. Immer deutlicher wird, dass externe Unterstützung vorwiegend als eine Hilfe zur Selbsthilfe gestaltet wird und damit die regionale oder lokale ‚Zivilgesellschaft' in die Verantwortung zur aktiven Gestaltung genommen wird. Nicht selten gelangt die betreffende Zivilgesellschaft dabei an ihre eigenen Grenzen.

Mit der Jahrestagung 2009 der DLKG gelang ein besonderer Blick auf die Bewältigung der fachwissenschaftlichen wie planerischen Herausforderungen der Dorfentwicklung als Teil des ländlichen Raumes. Welche Instrumente stehen für vernetztes Vorgehen in den ländlichen Regionen zur Verfügung und wer sind die relevanten Akteure? Welcher Strategien bedarf es, um die Akteure, deren Spektrum so vielfältig ist wie die Leistungen des Waldes, zusammen zu bringen? Welche Forschung wird erforderlich?

Neben hochkarätigen wissenschaftlichen Fachvorträgen teilten Experten ihre Erfahrungen anhand von beeindruckenden Beispielen aus der Praxis mit. Ergänzend wurden in einer Arbeitssitzung mit den Tagungsteilnehmern zentrale Aussagen zum Tagungsthema gemeinsam erarbeitet. Mit dieser Vorgehensweise betrat am Vortag der Vortragstagung die DLKG auch für sich Neuland. In parallelen Sitzungen wurden zu wichtigen Themen zur Zukunft der Dörfer professionell moderierte Diskussionen durchgeführt. In drei thematisch eingegrenzten Workshops wurde sehr engagiert und ernsthaft diskutiert sowie gemeinsam Thesen über Kernaussagen erarbeitet.

Die Vortragsinhalte sowie die Thesen aus den Workshops werden im vorliegenden Tagungsband wiedergegeben.

Teil 1:

Dörfer ohne Menschen!?
zwischen Abriss, Umnutzung und Vitalisierung

(Beiträge der Vortragsveranstaltung am 15. Oktober 2009)

Neue Wege zur Innenentwicklung in der Dorferneuerung

Ministerialrat Dipl.-Ing. Leonhard Rill,
Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die ländlichen Räume stehen vor großen Herausforderungen: dem anhaltenden Strukturwandel in der Landwirtschaft, dem demographischen Wandel, den Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und dem Klimawandel. Doch die ländlichen Räume verfügen auch über viele Stärken und Potenziale. Für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen und Regionen im ländlichen Raum ist es jedenfalls unabdingbar, dass sie die Herausforderungen annehmen, aktiv darauf reagieren und ihre Potenziale nutzen. Der integrale, auf Kooperation und Nachhaltigkeit angelegte Ansatz der Ländlichen Entwicklung in Bayern bietet dazu vielfältige Unterstützung.

Geburtenrückgang, Abwanderung vor allem jüngerer und gut ausgebildeter Menschen und die steigende Lebenserwartung verursachen besonders in den strukturschwachen ländlichen Räumen einen demographischen Wandel, der sich vor allem durch einen Rückgang der Bevölkerung und ein höheres Durchschnittsalter äußert. Dieser demographische Wandel findet nicht in ferner Zukunft statt, sondern hat längst begonnen.

Die Bevölkerungsentwicklung verläuft regional jedoch sehr unterschiedlich. Während die wachstumsstarken Regionen insbesondere im Großraum München deutliche Zuwächse verzeichneten, hatten große Teile Nord- und Ostbayerns bereits deutliche Bevölkerungsrückgänge in den letzten 10 Jahren zu verkraften. Auch die Bevölkerungsvorausberechnungen diverser Institutionen kommen alle zum gleichen Ergebnis und bestätigen den demographischen Wandel: Die Bevölkerung, insbesondere in peripheren ländlichen Regionen, wird weiter schrumpfen.

Diese regional differenzierte und unausgewogene demographische Entwicklung wird beträchtliche Auswirkungen auf die ländlichen Räume haben: Im Umfeld von Verdichtungsräumen lassen die Folgen der demographischen Entwicklung einen weiter zunehmenden Wohnungs- und Siedlungsdruck erwarten, womit ein hoher Flächenverbrauch, eine starke Veränderung der Siedlungen und oft auch ein Verlust der dörflichen Identität einhergehen.

In den peripheren ländlichen Räumen dagegen führt die demographische Entwicklung in den Dörfern und ländlichen Gemeinden

- zu vermehrtem Gebäudeleerstand in den Ortskernen, später auch in ersten (älteren) Neubaugebieten,
- zu Wertverlusten bei Immobilien,
- zu Funktionsverlusten (z. B. fehlende Einkaufsmöglichkeiten, mangelnde ärztliche Versorgung, Verlust von Arbeitsplätzen),
- zu Nachwuchsproblemen bei Vereinen (z. B. Feuerwehr) und damit zur Schwächung des Gemeinschaftslebens sowie
- zu einer mangelnden Auslastung der Infrastruktur (z. B. Abwasser) und sonstiger gemeindlicher Einrichtungen (z. B. Kindergarten) und damit zu Kostenproblemen für die Gemeinden und ihre Bewohner.

Schon jetzt wohnen in vielen innerörtlichen Gehöften nur noch alte Menschen, in den dazugehörigen Ställen steht kein Vieh mehr und viele Maschinenhallen sind leer. Nahversorgungs- und Infrastruktureinrichtungen werden aufgegeben, Dorfkerne drohen zu veröden. Wenn Bäcker und Metzger nicht mehr im Ort sind, Schulen geschlossen werden und öffentlicher Nahverkehr nur spärlich angeboten wird, ziehen gerade junge Familien erst recht weg.

Obwohl innerörtliche, bebaubare Flächen vorhanden sind und in den Ortskernen Gebäude leer stehen, werden dennoch selbst in solchen Gemeinden noch Neubaugebiete ausgewiesen. Dies hat zur Folge, dass die Nachfrage nach Wohnraum im Ortskern immer weiter sinkt. Durch den weiteren Bevölkerungsrückgang droht es bei einem erhöhten Leerstand von ehemaligen Wirtschafts- und Wohngebäuden im Altort und in den älteren Siedlungsgebieten nicht zu bleiben. Auch in den neueren Baugebieten werden langfristig zahlreiche Baulücken unbebaut bleiben. Durch diese Entwicklungen wird der Immobilienmarkt nachhaltig geschwächt, was zu deutlichen Wertverlusten führt. Diese Schrumpfungsspirale gilt es zu durchbrechen. Wenig hilfreich ist allerdings der Versuch einzelner Gemeinden, mit Prämien für Neubürger bzw. niedrigsten Preisen für Neubaugrundstücke gegenzusteuern – denn dies geht zu Lasten der Gemeindefinanzen und der Nachbargemeinden!

Innenentwicklung vor Außenentwicklung – Hilfen durch die Ländliche Entwicklung

Die Begrenzung weiterer Ausweisungen von Siedlungsgebieten am Ortsrand und die Innenentwicklung der Dörfer sind die Gebote der Stunde. Die Strategie der Gemeinden muss darauf ausgerichtet werden, die Ortskerne (wieder) zu beleben.

Die Revitalisierung leerstehender Gebäude, die bauliche Nutzung von innerörtlichen Brach- und Freiflächen und der Verzicht auf die Ausweisung neuer Wohngebiete sollten oberste Priorität haben. Dadurch können weitere Landinanspruchnahmen für Siedlungszwecke vermieden und Ortskerne wiederbelebt werden. Noch viel stärker als bisher muss sich der Fokus auf die Bestandssicherung und die Auslastung der vorhandenen Infrastruktur richten, um die Bürger zukünftig nicht mit drastisch steigenden Infrastrukturkosten und Funktionsmängeln der Infrastruktur, z. B. der Abwasserleitungen bei zu geringem Durchfluss, zu belasten.

Für die bayerische Dorferneuerung ist das kompakte, nutzungsgemischte, alle Bevölkerungs- und Altersgruppen integrierende Dorf das wirtschaftlich, ökologisch, sozial und städtebaulich optimale, nachhaltige Modell. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und im Sinne des Flächensparens sind deshalb die Zersiedelung zu stoppen und der Bestand an Gebäuden und an Infrastruktur weiter zu entwickeln. Es gilt der Grundsatz: Innenentwicklung vor Außenentwicklung!

Grundsätze der Dorferneuerung in Bayern:

- enge Partnerschaft mit Gemeinden,
- Bürgermitwirkung, umfassende Beteiligungsprozesse,
- ganzheitlicher Ansatz, Austausch und Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen,
- umsetzungsorientiert,
- Planung, Genehmigung, Finanzierung, Umsetzung aus einer Hand,
- Bodenordnung, Möglichkeiten des FlurbG,
- Förderung, erfolgreiches Investitionsprogramm,
- Dorferneuerung hat auf die jeweils aktuellen Herausforderungen stets frühzeitig reagiert.

Dabei geht es auch um die Sicherung der charakteristischen Eigenart der Dörfer und um den Erhalt der Baukultur. Dies sind Standortfaktoren, die im verschärften Wettbewerb der Standorte eine immer größere Bedeutung erlangen. Gleichzeitig trägt die Innenentwicklung aber auch zum Erhalt materieller Werte, insbesondere der Immobilienwerte bei.

Zur Unterstützung der Gemeinden bietet die Verwaltung für Ländliche Entwicklung vielfältige Hilfen an.

Schon vor einigen Jahren wurde angesichts der Herausforderungen durch den demographischen Wandel der Schwerpunkt der Dorferneuerung, die derzeit immerhin in mehr als 2.100 bayerischen Dörfern anhängig ist, auf die Innenentwicklung gerichtet und dazu das Aktionsprogramm „Dorf *v i t a l*“ aufgelegt. Die Dorferneuerung wurde damit in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt; die Themenbereiche Innenentwicklung, Dorfkernbelebung und Flächensparen sind inzwischen in der bayerischen Dorferneuerungspraxis fest etabliert.

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Dorf *v i t a l*“ hat die Verwaltung für Ländliche Entwicklung mit Unterstützung externer Experten einen Leitfaden zur „Innenentwicklung in der Dorferneuerung“ erarbeitet. Dieser ist abrufbar unter http://www.landentwicklung.bayern.de/dokumentationen/dorf_vital/.

Eine aktiv gesteuerte Innenentwicklung stellt höchste, z. T. ganz neue Ansprüche an die Planungen der Gemeinden und an die Mitwirkungsbereitschaft der Bürger. Dagegen folgt die bisherige Außenentwicklung seit Jahrzehnten erprobten Methoden der Angebotsschaffung. Es ist oftmals für die Gemeinde einfacher, neues Bauland am Ortsrand auszuweisen, als sich mit Eigentümern der Grundstücke und Gebäude im Ortskern oder komplizierten Erbfragen auseinander zu setzen. Deshalb benötigen gerade kleinere Gemeinden Unterstützung, um nachhaltige Strategien erarbeiten und umsetzen zu können.

Hier kann die Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung mit ihren in der Initiierung, Steuerung und Moderation von Entwicklungsprozessen erfahrenen Mitarbeitern und ihrem umsetzungsorientierten Instrumentarium die Gemeinden auf dem Weg zu einer aktiven Innenentwicklung wesentlich unterstützen. Die Heranziehung von externen Experten, insbesondere von freien Planungsbüros, trägt zum Erfolg bei. Gerade die Dorferneuerung, zu deren Grundprinzipien seit Jahrzehnten die intensive Einbeziehung der Bürger zählt, kann wesentlich dazu beitragen, das nötige Bewusstsein zu schaffen und Bereitschaft zu wecken.

Handlungsfelder und Lösungsansätze

Für eine erfolgreiche Innenentwicklung gibt es keine Patentrezepte, sondern nur an die jeweilige örtliche Situation angepasste Lösungsmodelle. Zielführend ist aber überall die Bearbeitung insbesondere folgender acht Handlungsfelder und Lösungsansätze:

Handlungsfelder und Lösungsansätze:

1. Bewusstsein und positives Klima schaffen, Motivation, Hemmnisse angehen,
2. Analysen durchführen, Potenziale erheben,
3. Konzepte und Entwicklungsstrategien,
4. Bauleitplanung,
5. Bodenordnung, Interkommunales Flächenmanagement,
6. bauliche Umsetzung,
7. Vitalitäts-, Funktionsstärkung,
8. Fördermöglichkeiten

1. Bewusstsein und positives Klima für Innenentwicklung schaffen

Innenentwicklung kann nur erfolgreich sein, wenn die Bürger von Anfang an intensiv eingebunden sind. Bürger, Gemeindeverantwortliche und sonstige Akteure müssen für die Notwendigkeit der Innenentwicklung sensibilisiert werden. Nur wenn die Bürger selbst erkennen, wie wichtig ihr Engagement, wie wichtig die Selbsthilfepotenziale sind, kann Innenentwicklung erfolgreich sein. Diese Einbindung aller relevanten Akteure, die Bürgermitwirkung und -aktivierung sind seit vielen Jahren eine besondere Stärke der Dorferneuerung, in der die umfassende Bürgermitwirkung frühzeitig zum Grundsatz erhoben wurde.

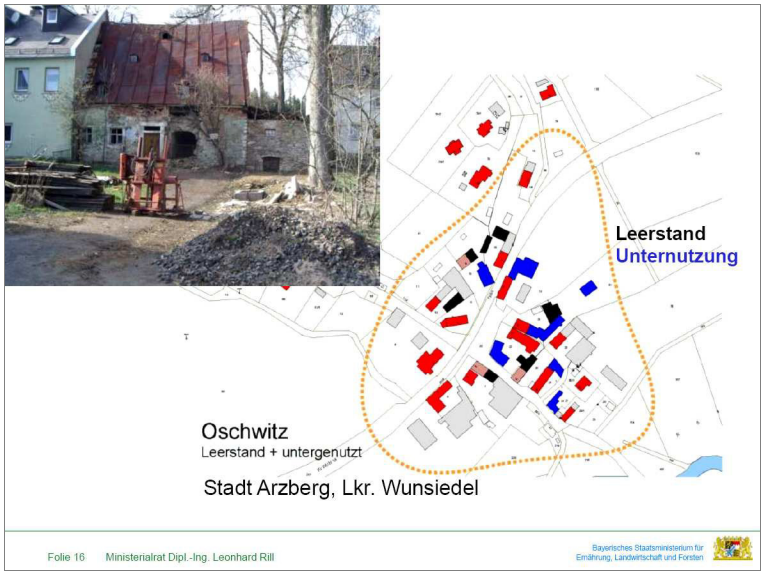
Bei der Innenentwicklung ist dies besonders bedeutend, denn Innenentwicklung benötigt über die öffentlichen und gemeinschaftlichen Maßnahmen hinaus unbedingt auch private Investitionen. Dazu ist es nicht nur notwendig, die Bürger zu informieren und sie zu beteiligen – dazu sind auch Einzelgespräche und Bauberatungen notwendig. Und es ist enorm wichtig, auch die Jugend von Anfang an einzubinden, denn sie gilt es besonders in den Dörfern zu halten. Sie werden in den nächsten Jahren Familien gründen und sie werden die künftigen Bauherren sein.

Um Menschen für die Innenentwicklung zu begeistern, ist es sinnvoll, die Vorteile von Wohnen und Arbeiten im Dorfkern aufzuzeigen, z. B. die hohe Lebensqualität einer lebendigen Ortsmitte, die kurzen Wege und schnelle Erreichbarkeit, den Erhalt von (Immobilien)-Werten oder auch das Sparen von Kosten. Eine wichtige Rolle in diesen Prozessen spielen die drei bayerischen Schulen für Dorf- und Landentwicklung. Denn wenn die Bürgermitwirkung wirklich erfolgreich sein soll, geht es nicht nur um mitwirken wollen und mitwirken dürfen. Es geht vielmehr auch um mitwirken können, gerade bei der schwierigen Aufgabe der Innenentwicklung. Die Schulen für Dorf- und Landentwicklung vermitteln mit ihrem Bildungsangebot insbesondere im Rahmen von Seminaren und Exkursionen den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Gemeindeverantwortlichen die Befähigung, um selbst aktiv zu werden und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Darüber hinaus steht mit der Informationsplattform „Ländlicher Raum und Landentwicklung“ (www.sdl-inform.de) ein umfangreiches Informationsangebot und ein Forum für den Austausch von Erfahrungen und Fragen zur Verfügung. Auch im Internetauftritt der Verwaltung für Ländliche Entwicklung (www.landentwicklung.bayern.de) ist eine Sammlung guter Beispiele aufrufbar.

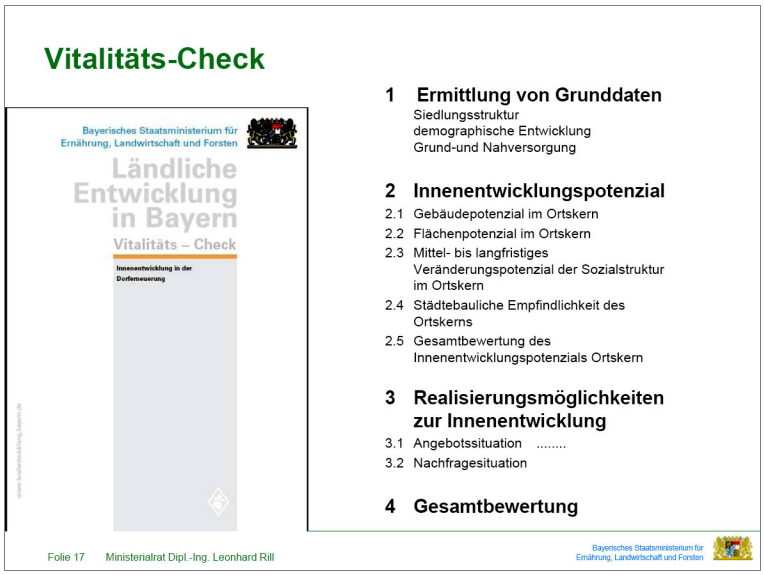
2. Analysen durchführen, Potenziale erheben

Zu Beginn eines Innenentwicklungsprozesses ist es erforderlich, Daten zur Altersstruktur der Bevölkerung und zur Bevölkerungsentwicklung zu erheben. Wichtig sind aber auch Informationen über Handwerks-, Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe und damit über Arbeitsplätze sowie über die Versorgung im Hinblick auf die Daseinsgrundfunktionen.

Auf der Grundlage dieser Daten sowie auf der Grundlage von Erhebungen zu den vorhandenen Bau- und Gewerbeflächen innerorts und in Baugebieten, zu ungenutzten und untergenutzten Gebäuden und Grundstücken sowie zur Verfügbarkeit von Grundstücken und Gebäuden sind Bedarfs- und Nachfrageabschätzungen durchzuführen.



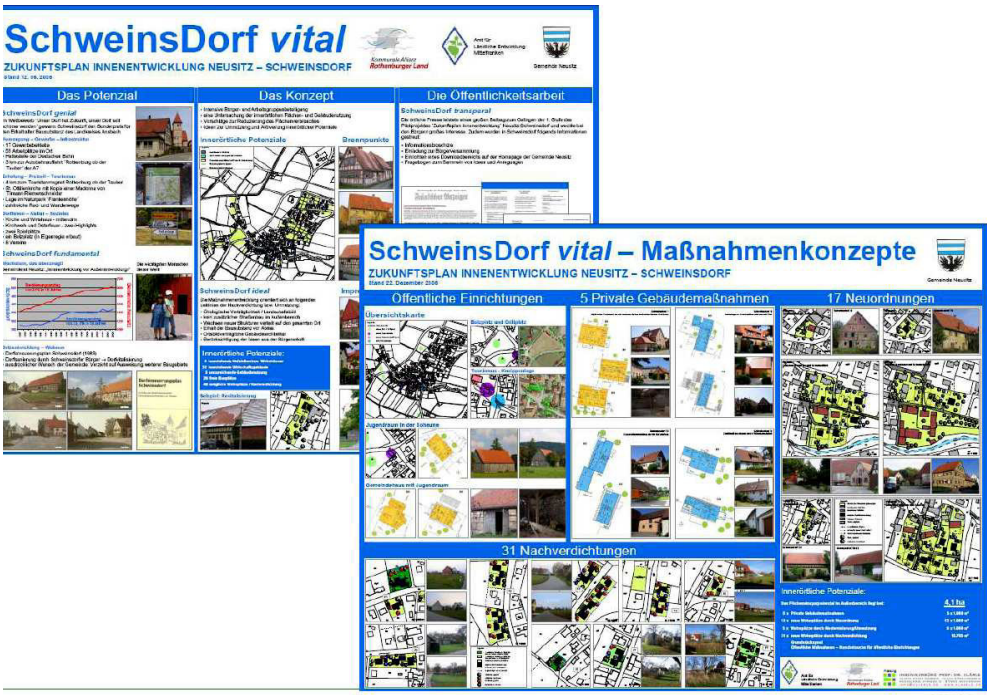
Für diese Erhebungen und Analysen hat die Verwaltung für Ländliche Entwicklung mit dem sogenannten Vitalitäts-Check ein einfaches und leicht anzuwendendes Werkzeug entwickelt, das bayernweit mittlerweile zum Standardwerkzeug in der Dorferneuerung geworden ist.



Es bietet auch den Vorteil, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Kenntnis der Örtlichkeit sowie der Hemmnisse und der Absichten von Grundstückseigentümern in die Erhebungen einbezogen werden können. Die notwendigen Analysen werden von den Fachleuten durchgeführt.

3. Konzepte und Entwicklungsstrategien erarbeiten

Auf der Basis der durchgeführten Analyse und der Potenziale gilt es, Ziele und Leitbilder für die Innenentwicklung und darauf aufbauend Entwicklungsstrategien und Innenentwicklungskonzepte zu erarbeiten. Die Erarbeitung stellt hohe Anforderungen an Planung und Planer sowie an alle Akteure, insbesondere die Gemeindeverantwortlichen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die beauftragten Planungsbüros. Die Anforderungen sind nicht nur fachlich sehr hoch, sondern auch hinsichtlich Koordination und Kommunikation.



Innenentwicklung erfordert eine ganzheitliche Planung und innovative Planungsansätze, in Teilen auch ein neues Planungsverständnis. So ersetzt ein kontinuierliches Monitoring immer mehr die statische Bestandsaufnahme.

Insgesamt nehmen Übersichtlichkeit und strenge Planbarkeit ab; zahlreiche Prozesse laufen zeitlich parallel. Deshalb sind, wenn nötig rasch, Alternativen und Varianten von Problemlösungen, oftmals nicht mit der früher gewohnten Genauigkeit, zu entwerfen.

4. Bauleitplanung

Mit der Bauleitplanung haben die Gemeinden in ihrer Planungshoheit sehr wirksame Instrumente, um die bauliche Entwicklung steuern zu können. Hier gilt es, das Engagement, das über Jahrzehnte hinweg auf die Ausweisung von Neubaugebieten und Gewerbegebieten gerichtet war, auf die Ortskerne umzulenken und Anstrengungen zu unternehmen, die Dorfkerne vital zu erhalten. Dazu ist die Bauleitplanung eng mit der informellen Dorferneuerungsplanung und den dabei erarbeiteten Innenentwicklungskonzepten abzustimmen.

Gemeinden müssen sich intensiv mit dem Thema Innenentwicklung auseinandersetzen, ganz besonders auch bei der Bauleitplanung:

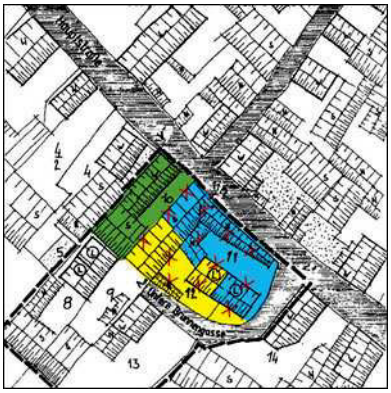
- Engagement für die Ausweisung von Neubaugebieten umlenken auf Ortskerne (Bewusstsein!),
- Flächennutzungsplan – Ausweisungen überprüfen, ggf. reduzieren,
- Innerortsbebauungspläne,
- Bebauungsplan zur Innenentwicklung nach § 13a BauGB,
- Möglichkeit zur Entwicklung in kleinen Ortschaften im Außenbereich

Dabei kann es durchaus notwendig sein, die Ziele und ganz konkret die Ausweisungen von Flächen im Flächennutzungsplan zu überprüfen und ggf. zu reduzieren. Auch Bebauungspläne können sinnvoll oder notwendig sein, um die Innenentwicklung zu fördern. Hierzu hat der Gesetzgeber den Bebauungsplan zur Innenentwicklung nach § 13 a des Baugesetzbuches eingeführt. Darüber hinaus bieten Innerortsbebauungspläne die Möglichkeit, die bauliche Nutzung der Grundstücke zu regeln.

5. Bodenordnung

Für die Umsetzung der Entwicklungsstrategien und der Innenentwicklungskonzepte kommt der Bodenordnung und dem Flächenmanagement eine überaus wichtige Bedeutung zu.

Oftmals können nur mit den Möglichkeiten der Bodenordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz Grundstücke geformt werden, die eine Bebauung, welche heutigen Ansprüchen an das Wohnen entspricht, zulassen. Dabei spielen fachlich fundierte und von allen Beteiligten anerkannte Gutachten zur Bestimmung der jeweiligen Immobilienwerte eine immer wichtigere Rolle.



Informationen über verfügbare Grundstücke und Gebäude sollten über kommunale oder regionale Grundstücks- und Gebäudebörsen auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Noch erfolgversprechender sind die Aktivitäten zur Innenentwicklung dann, wenn sie in ein auf die Region bezogenes interkommunales Flächenmanagement eingebunden sind.

Denn es macht ja wenig Sinn, in einer Gemeinde die Ausweisung von Baugebieten einzuschränken, um die Innenentwicklung zu stärken, diese Vorgehensweise aber von Nachbargemeinden unterlaufen wird, weil dort weiterhin Neubaugebiete ausgewiesen werden. Solch ein interkommunales Flächenmanagement kann hervorragend in die Arbeit einer integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) einbezogen werden.

6. Bauliche Umsetzung

Sanierungen, Umbau, Ausbau und Umnutzungen bzw. Wiedernutzungen von Gebäuden haben eine hohe Bedeutung. Die Dorferneuerung bietet hierzu auch privaten Bauherren Fördermöglichkeiten.

Aber nicht immer ist die Erhaltung der Bausubstanz möglich, insbesondere wenn es um zeitgemäße Nutzungsanforderungen für das Wohnen und Arbeiten im Gebäudebestand geht. Dann wird es manchmal nicht zu umgehen sein, auch an einen Abbruch zu denken und an die Stelle alter Gebäude dorfgemäße, kostengünstige Ersatzbauten zu stellen.

Große Bedeutung kommt auch der Gestaltung der öffentlichen Räume, wie den Plätzen, Straßenräumen, Fußwegen und Freiflächen zu.

Denn ohne attraktive öffentliche Räume wird es schwierig, die Menschen vom Verbleib oder von den Vorteilen einer Ansiedlung im Altortbereich zu überzeugen.

Bei all diesen baulichen Maßnahmen sind die Aspekte der Familienfreundlichkeit und des altersgerechten Wohnens sowie der Energieeinsparung und damit des Klimaschutzes zu berücksichtigen.

7. Vitalitäts- und Funktionsstärkung

Von einer erfolgreichen Innenentwicklung kann erst gesprochen werden, wenn die sanierten und gestalteten Gebäude und öffentlichen Räume auch entsprechend genutzt werden und belebt sind. Für ein vitales Dorf ist es notwendig, möglichst viele Funktionen zu erhalten bzw. neu zu schaffen. Dies kann sich nicht nur auf das Wohnen beschränken; vielmehr geht es auch um die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe.

Notwendig ist aber auch die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, sei es durch Einkaufsmöglichkeiten, Kindergarten, Schule, medizinische Versorgung oder auch ganz einfach Möglichkeiten, um sich zu treffen und auszutauschen, wie z. B. in Wirtshäusern und Gemeinschaftseinrichtungen.

Umnutzung einer Scheune
für Betriebs- und Büroräume
einer Haustechnikfirma
Folie 29 Ministerialrat Dipl.-Ing. Leonhard Rill

DORFLADEN
Umnutzung eines ehemaligen
Wohnstallgebäudes
in einen Dorfladen
Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

8. Fördermöglichkeiten

Die Dorferneuerungsrichtlinien bieten insbesondere für die konzeptionelle Arbeit und für die bauliche Umsetzung sowohl im gemeinschaftlichen und öffentlichen Bereich als auch im Privatbereich vielfältige Möglichkeiten der Förderung. Dies gilt im Übrigen auch für die Beratung sowie für die Bodenordnung und das Gebäudemanagement.

Förderung:

- Dorferneuerungsrichtlinien (DorfR) wurden zum 1. Juni 2009 fortgeschrieben,
- dabei werden insbesondere folgende Ziele verfolgt:
  - weitere Stärkung der Innenentwicklung und Minderung des Flächenverbrauchs,
  - Verstärkung der Beiträge zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel sowie
  - diverse Anpassungen und Vereinfachungen, insbesondere zum Planungsprozess.

Fazit

Für die Innenentwicklung ist das Drehen an vielen Stellschrauben notwendig. Innenentwicklung setzt ein ebenen- und fachübergreifendes, private Akteure einbeziehendes Land- und Projektmanagement voraus. Sie ist für alle Akteure eine höchst anspruchsvolle Aufgabe.

Innenentwicklungsprozesse benötigen Erkenntnisse über die Notwendigkeit und die Vorteile. Sie benötigen Engagement aller Verantwortlichen und auch der Bürger. Sie erfordern langfristige Entwicklungsstrategien und konkrete Innenentwicklungskonzepte. Ein professionelles Vorgehen und auch Zeit sind notwendig. Innenentwicklungskonzepte stellen insofern eine Bestätigung für den ganzheitlichen Ansatz der Dorferneuerung dar, der trotz aller Forderungen nach schnelleren Abläufen, insbesondere bei vielseitigen Problemlagen alternativlos ist.

Hilfe bietet den Akteuren die Verwaltung für Ländliche Entwicklung mit dem Bayerischen Dorferneuerungsprogramm, aber auch mit der Integrierten Ländlichen Entwicklung zur Unterstützung kommunaler Allianzen und regionaler Prozesse. Dabei geht es in den nächsten Jahren auch darum, weitere Erfahrungen zu sammeln und die schon erarbeiteten Erfolge im Sinne von „best practice“ in die Öffentlichkeitsarbeit, in die Arbeit der Schulen für Dorf- und Landentwicklung einfließen zu lassen und damit bekannt werden zu lassen.

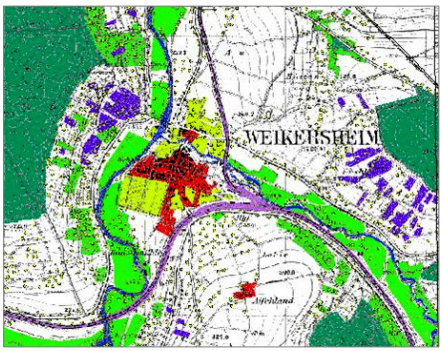
Dörfer beleben – Flächen sparen

Martina Klärle,
Ingenieurbüro Prof. Dr. Klärle

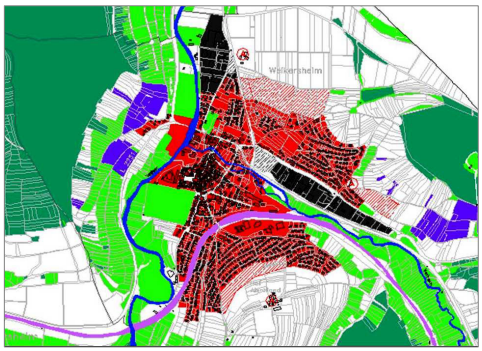
Dorfentwicklung und Dorfumbau

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Der Ausbau der Informationsgesellschaft und die Globalisierung der Wirtschaft mit ihren strukturellen Auswirkungen auf die Landwirtschaft, stellen den Ländlichen Raum vor große Herausforderungen. Um die Dörfer und deren historische Ortskerne vor dem Aussterben zu schützen, müssen besondere Maßnahmen entwickelt werden.

Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Statistischen Bundesamts hat ergeben, dass seit 1960 bei einer etwa 20%igen Zunahme der Bevölkerungszahlen die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland um durchschnittlich über 80% zugenommen hat. Im Ländlichen Raum wird dies sogar noch übertroffen, wie das Beispiel der Gemeinde Weikersheim in Baden-Württemberg zeigt.



Weikersheim 1930



Weikersheim heute

Das Deutsche Institut für Urbanistik stellt fest, je geringer die Bevölkerungsdichte, desto größer ist der Flächenverbrauch. Besonders im Ländlichen Raum ist diese Tendenz aufgrund der niedrigeren Grundstückspreise auffällig.

Während die Siedlungsfläche wächst, existieren aber gleichzeitig innerörtliche Flächen und Gebäude, die brach liegen und dem Verfall preisgegeben sind. Dies schadet der Attraktivität einer Gemeinde. Ziel ist es deshalb die Dörfer zu beleben und gleichzeitig Flächen zu sparen.

Gegen das Aussterben der Ortszentren

Bislang verfügten die Kommunen über kein geeignetes Werkzeug dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Solange das Eigenheim im Grünen schneller und günstiger umzusetzen ist, als die Renovierung oder Sanierung eines Altbaus, wird sich daran kaum etwas ändern. Dem Bürger müssen daher Informationen über mögliche Zuschüsse und Anlaufstellen zur schnellen und unkomplizierten Beratung zur Verfügung gestellt werden. Auf der politischen Ebene müssen außerdem die Folgen und Kosten einer solchen, wenig nachhaltigen Flächenzersiedlung aufgezeigt und deutlich gemacht werden. Neben leer stehenden, oftmals baufälligen Gebäuden im Ortskern, entstehen durch die Erschließung von Neubaugebieten langfristig nicht zu unterhaltende Kosten in den Bereichen Straßenbau, Beleuchtung, Wasser- und Abwasserinfrastruktur sowie Energieversorgung.

Um dem Aussterben der Ortskerne und dem Einwohnerrückgang vor allem bei Dörfern mit unter 1.000 Bewohnern entgegenzuwirken, muss neben der Schaffung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, der Ausbau der örtlichen Infrastruktur vorangetrieben werden. Als Ausgleich für die vorherrschenden Arbeitsbedingungen ist es erforderlich eine positive Wohn- und Aufenthaltsqualität zu schaffen.

Die Stärkung des Ländlichen Raums ist Ziel verschiedener Förderprogramme. Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER wurde mit Mitteln der EU und des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg ein Leitfaden zur nachhaltigen Ortsentwicklungsplanung entwickelt. 18 Ortsentwicklungskonzepte der LEADER-Region Hohenlohe-Tauber wurden ausgewertet und in Form eines auf andere Dörfer übertragbaren Leitfadens veröffentlicht.

Der Psychotest fürs Dorf

Ernst Ullrich von Weizsäcker stellte einst fest, dass das wirtschaftliche Wachstum vorgestern von der Lage an Flüssen abhing, gestern vom Anschluss an die Eisenbahn und heute von der Lage an Autobahnen. Morgen wird es die Anbindung an das Daten-Informationsnetz sein.

Der Leitfaden DORF KOMM! zeigt, was eine Kommune im Prozess der Attraktivitätssteigerung selbst leisten kann. Statt einen externen Planer zu beschäftigen, können die Kommunen in Zeiten leerer Kassen eigenständig ihre Situation analysieren und Maßnahmen entwickeln.

Über eine Checkliste lassen sich Dörfer individuell charakterisieren. Auf diese Weise ist es möglich unnötige Ausgaben zu sparen, indem nur die wirklich erforderlichen städtebaulichen Untersuchungen beauftragt werden. So entsteht eine maßgeschneiderte Planung, in der spezifische Entwicklungspotenziale identifiziert und angepackt werden können. Der „Psychotest“ für das Dorf ist auf die Ortskerne ländlicher Gemeinden und Dörfer unter 2.000 Einwohnern ausgelegt.

	Fragen	trifft zu
1	Es gibt viele leerstehende bzw. wenig genutzte Gebäude.	☐ A
2	Ein Großteil der Bausubstanz der Gebäude ist in schlechtem Zustand.	☐ A
3	Die Erschließungsstraßen sind in schlechtem Zustand.	☐ C
4	Es gibt kaum/keine Grundversorgungseinrichtungen (z. B. Bäckerei, Metzgerei).	☐ A
5	Es gibt keine intakte Dorfgemeinschaft (z. B. Vereine).	☐ A
6	Im Ortsbereich gibt es viele Brach- und Freiflächen.	☐ B
7	Die Situation der Flurstücksgrenzen im Ortskern ist nicht zufrieden stellend.	☐ B+C
8	Es bestehen keine/kaum noch zukunftsfähige landwirtschaftliche Betriebe.	☐ A
9	Es gibt viele alte alleinstehende Menschen.	☐ A
10	Es gibt viele junge Menschen/Familien auf der Suche nach Wohnraum.	☐ A+B
11	Es gibt kaum Arbeitsplätze im Ort.	☐ A+B
12	Öffentliche Grünanlagen/großkronige Bäume sind kaum vorhanden.	☐ C
13	Der Gewässerverlauf ist unnatürlich.	☐ C
14	Vielen Bauwilligen kann nicht das richtige Objekt vermittelt werden.	☐ A+B
15	Die Öffentlichkeit verlangt nach neuen Wohnbauflächen im Ort.	☐ A+B

Auswertung	
A	
B	
C	

A Gebäudekonzept
B Freiflächenkonzept
C Ortsgestaltungskonzept

Der Psychotest für Ihre Gemeinde aus dem Leitfaden DORF KOMM!

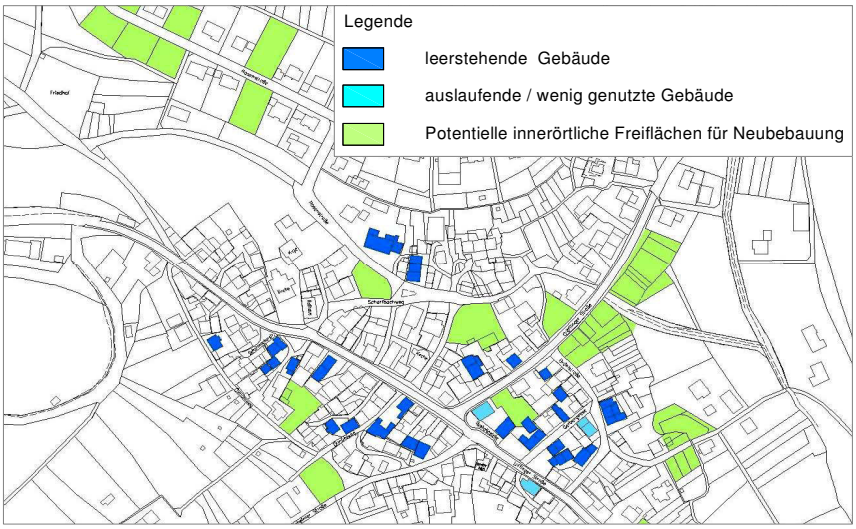
Anhand der in der Auswertungstabelle summierten Buchstaben, können die Kommunen ablesen, welche Untersuchungen für den Ortskern notwendig sind. Je nach Umfang der notwendigen Maßnahmenfelder kann es sinnvoll sein alle drei Ansätze in einem Gesamtkonzept abzudecken.

Die Ergebnisse zeigen, ob für die Gemeinde ein Gebäude-, Freiflächen- und/oder Ortsgestaltungskonzept notwendig ist. Bei einem **Gebäudekonzept** werden für schlecht oder nicht genutzte Gebäude Umnutzungs- oder Modernisierungsmaßnahmen entwickelt. Diese Untersuchungsvariante erfordert eine umfassende Bestandsaufnahme aller Gebäude im Dorf. Die Leerstände und die Gebäudesubstanz können auch von der Kommune, z.B. durch den Ortsvorsteher, einer lokalen Agenda-Gruppe oder dem Bauamt in einen Katasterplan eingetragen werden.

Bei der Kartierung der Gebäude ist unbedingt dem Denkmalschutz Rechnung zu tragen.

Neben der rein bautechnischen Bestandserhebung ist die Altersstruktur der Bürger zu berücksichtigen. Für die Erstellung eines Konzepts ist also die Frage zu klären, wie hoch die Zahl junger Menschen auf der Suche nach Wohnraum ist und wie viele alte alleinstehende Menschen im Ort leben. Bei der Ausarbeitung von Vorschlägen für Umnutzungen, Modernisierungen oder Neubauten ist durch Gespräche mit den Eigentümern zu klären, ob Interesse am Bauen im Bestand besteht. Kontinuierliche Pressearbeit und direkte Ansprache der Bürger sind wichtige Instrumente diesbezügliche Vorurteile seitens der Einwohner abzubauen und Interesse zu wecken.

Im Rahmen eines **Freiflächenkonzepts** werden brach liegende Flächen sowie Baulücken ermittelt und Vorschläge für deren Nutzung erarbeitet.



Beispiel für ein Leerstands- und Freiflächenkataster

Bei der Bestandserhebung der innerörtlichen Freiflächen ist die ökologische Wertigkeit der betreffenden Flächen im Innen- und Außenbereich zu berücksichtigen. Auf die Bestandserhebung der Freiflächen folgt der Abgleich mit den Abstandsradien der landwirtschaftlichen Betriebe. Diese Aufgabe kann auch von den Kommunen wahrgenommen werden. Die Entwicklung des jeweiligen landwirtschaftlichen Betriebes ist dabei zu berücksichtigen.

Im Leerstands- und Freiflächenkataster werden potenzielle Baulücken und Freiflächen nach den folgenden Kriterien kartiert:

Die Flächen müssen erschlossen und mindestens 350m^2 groß sein. Die Flächengröße von 350m^2 ist für den ländlichen Raum zwar gering bemessen, aber ausreichend für eventuelle Anbauten, z.B. für „Generationenwohnen“. Üblicherweise gilt als Untergrenze für innerörtliche Bauflächen im ländlichen Raum eine Größe von 500m^2. Dies würde allerdings einige mögliche Bauflächen bereits bei der Bestandserhebung ausschließen. Das Konzept würde so potenzieller Entwicklungspotenziale beraubt.

Die Maßnahmenentwicklung basiert auf der Darstellung möglicher Gebäudeanordnungen für jede, bebaubare Freifläche. Auch auf nur geringfügig bebauten Gründstücken kann die Möglichkeit für Neubauten aufgezeigt werden, z.B. durch Bauen in „zweiter Reihe“.

Die Bebauungsvorschläge benötigen gegebenenfalls eine Korrektur der Flurstücksgrenzen, damit Gebäude mit einer umgebenden Grünfläche mit zeitgemäßen Grenzverläufen entstehen können. Die Bodenordnung sollte mit der Flurbereinigungsbehörde abgestimmt werden. Zu diesem Thema gehört auch die eventuell notwendig werdende Festlegung der Grenzen für die überbaubaren Grundstücke nach § 34 BauGB.

Bei der Erstellung eines **Ortsgestaltungskonzepts** stehen kosmetische Maßnahmen, wie die Gestaltung öffentlicher Plätze und Grünflächen im Vordergrund. Bei der Bestandserhebung ist deshalb das Hauptaugenmerk auf öffentliche Plätze, Flächen, Straßen und Bachläufe zu richten. Die Kartierung von ortsbildprägenden Bäumen, Sträuchern und Obstwiesen ist dabei unerlässlich. Auch hier können wesentliche Aufgaben von den Kommunen, z.B. vom Ortsvorsteher oder dem Bauamt selbst übernommen werden. Um öffentliche Plätze und Straßen entsprechend den Bedürfnissen der Gemeinde zu planen, ist es wichtig, die vorhandene öffentliche und private Infrastruktur zu kartieren. Zur öffentlichen infrastrukturellen Ausstattung zählt beispielsweise ein Gemeinschaftshaus, das Rathaus, die Turnhalle, der Sportplatz, die Kirche, das Pfarrhaus, der Dorfplatz sowie ein Grill- oder Spielplatz. Bei der Kartierung privater Infrastruktur ist zwischen Geschäften, die der Grundversorgung dienen, z.B. Metzgerei, Bäckerei, Lebensmittelgeschäfte, Gaststätten, Banken, etc. und gewerblichen Ansiedlungen, wie Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben zu unterscheiden.

Die Erfahrung zeigt, dass kommunalen Gestaltungsmaßnahmen oft auch private Maßnahmen im Wohnbereich folgen.

Vom Schandfleck zum Schmuckstück

Auf Basis der Bestandserhebung können verschiedene Handlungsfelder abgeleitet werden. Entsprechend der unterschiedlichen Merkmale eines Dorfes sind individuell Maßnahmen in den Bereichen Umnutzung, Baulückenschließungen, Modernisierungen, Ortsgestaltungsmaßnahmen, Verbesserung der Grundversorgung und des Angebots an sozialen Einrichtungen sowie der Versorgung durch erneuerbare Energien zu entwickeln.

So war das vom Land Baden-Württemberg geförderte Modellprojekt zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung innerörtlicher Potenziale (MELAP) 2003 – 2008 der Anstoß für eine Trendwende in 13 Dörfern in Baden-Württemberg, darunter Creglingens Teilort Münster. Nach einem Einwohnerrückgang von 30% in den letzten Jahren und früheren Problemen bauwillige oder bereits wohnhafte junge Familien im Ort zu halten, ist die Einwohnerzahl seit der Umsetzung von 24 Einzelprojekten um über 8% gestiegen. Die Zahl der Unter-Zehnjährigen stieg sogar um zwei Drittel. Vor allem die Schließung von Baulücken durch Neubauten, Renovierungen und Umnutzungen bestehender Gebäude verbesserten das Ortsbild immens.

Beispiel für die Umnutzung eines alten unattraktiven Gebäudes in der Ortsmitte von Weikersheim / Schäftersheim.

Das Beispiel zeigt, dass die Identifikation der vorhandenen Potenziale und deren aktive Nutzung die Innenentwicklung eines Ortes und damit dessen Wahrnehmung durch Bürger positiv vorantreiben. Dies gilt für bauliche Maßnahmen genauso wie für den Ausbau des Kommunikationsnetzes mittels Breitbandverbindungen sowie für die Stärkung der erneuerbaren Energien als Einnahmequelle des Ländlichen Raums.

Um ein Entwicklungskonzept und die für die Gemeinden erarbeiteten Maßnahmen zum Erfolg zu führen bedarf es aber vor allem effizienter Öffentlichkeitsarbeit, die eine Einbindung der Bevölkerung sicherstellt. Deshalb bietet der DORF KOMM!-Leitfaden den Kommunen auch Beispiele für Infobroschüren, Bürgeraktionen Fragebögen oder Presseberichte. Wichtig bei der Kommunikation eines entstehenden Konzepts ist der richtige Zeitpunkt. Während Motivation und Aufrütteln am Projektbeginn stehen, sollte einer detaillierte Information zu späterer Zeit erfolgen. Die Erfahrung zeigt, dass viele Maßnahmen umgesetzt werden, wenn die Bewohner eines Dorfes die Vorteile und den Charme des Wohnens im Ortskern erkannt haben. Öffentlichkeitsarbeit ist deshalb einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren für die Innenentwicklung in Gemeinden.

Ziel des Leitfadens DORF KOMM! ist es, die Schönheit und Einzigartigkeit ländlicher Gemeinden zu erhalten und gleichzeitig die Lebensqualität zu steigern. Flächen sparen bedeutet den Erhalt ökologisch bedeutsamer Gebiete und ist damit eine Form des Umweltschutzes.
Deutschland ist gebaut, jetzt wird saniert!

Der DORF KOMM!-Leitfaden, kurz und knapp in 16 Seiten, steht unter www.klaerle.de zum Download bereit.

Das Buch zur wissenschaftlichen Begleitung ist im Buchhandel unter ISBN 978-3-941417-02-1 erhältlich.

Haben unsere Dörfer noch Zukunft? Strategien für die Dorfentwicklung im 21. Jahrhundert

Anne Ritzinger,
Technische Universität München

Die Vorstellung von „Dörfern ohne Menschen“, von „Regionen, in die der Wolf zurückkehrt“, von der Abkehr der Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Regionen ist, obwohl wir inzwischen auf Tagungen offen darüber diskutieren, eine Vorstellung, die uns nach wie vor bestürzt. Die Fragen, „Welche Zukunft haben unsere Dörfer“ bzw. „Haben unsere Dörfer noch eine Zukunft?“ Und „Welche Strategien der Dorfentwicklung brauchen wir, um den Kommunen im ländlichen Raum im 21. Jahrhundert eine Zukunft zu bieten?“ beschäftigen uns alle beruflich wie privat.

1. Welche Zukünfte haben die Kommunen im ländlichen Raum?

Die Auswirkungen des demographischen Wandels wurden lange Zeit in der breiten Diskussion nicht erkannt (vgl. RITZINGER, A. 2007, 3), ähnlich verhält es sich mit der Problematik des Klimawandels. Komplexe Entwicklungen wie die Finanzkrise oder die Auswirkungen der Globalisierung lassen sich schwer vorhersehen oder steuern. Die zukünftige Entwicklung von Dörfern und Gemeinden ist von einer zu großen Vielzahl von Faktoren und Akteuren auf unterschiedlichsten Ebenen abhängig, als dass sie im Sinne einer Prognose vorhergesagt werden könnte. Daher sind Diskussionen über die Zukunft immer von einem hohen Grad an Unsicherheiten gekennzeichnet.

Gerade aber, um Strategien für zukünftiges Handeln zu entwickeln, ist der Blick in die Zukunft notwendig: Man benötigt eine systematische Vorgehensweise, die es einerseits erlaubt, an bisherige Entwicklungen anzuknüpfen und diese in plausibler Weise fortzuschreiben, die andererseits aber vor einem reinen Verlagern des Status quo in die Zukunft bewahrt.

Eine Möglichkeit, den abstrakten Begriff der potenziellen Zukunft zu konkretisieren, bietet die Szenariomethode (vgl. STEINMÜLLER, K. 1997, 50).

In den letzten Jahren haben Szenarien zunehmende Verbreitung in der Politikberatung gefunden und sich als Methode der Zukunftsforschung und der strategischen Planung etabliert[1].

Im Forschungsprojekt „Dorferneuerung 2020 – Zukunftskonzeption und -strategien der Dorferneuerung in Bayern“ wurden am Lehrstuhl Bodenordnung und Landentwicklung der Technischen Universität München auf Grundlage einer Trendanalyse und eines Expertenworkshops vier „Dorfszenarien der Zukunft“ entwickelt, die veranschaulichen, welche Herausforderungen, Chancen und Probleme für ländliche Kommunen in Zukunft bestehen (vgl. MAGEL, H. et al. 2009).

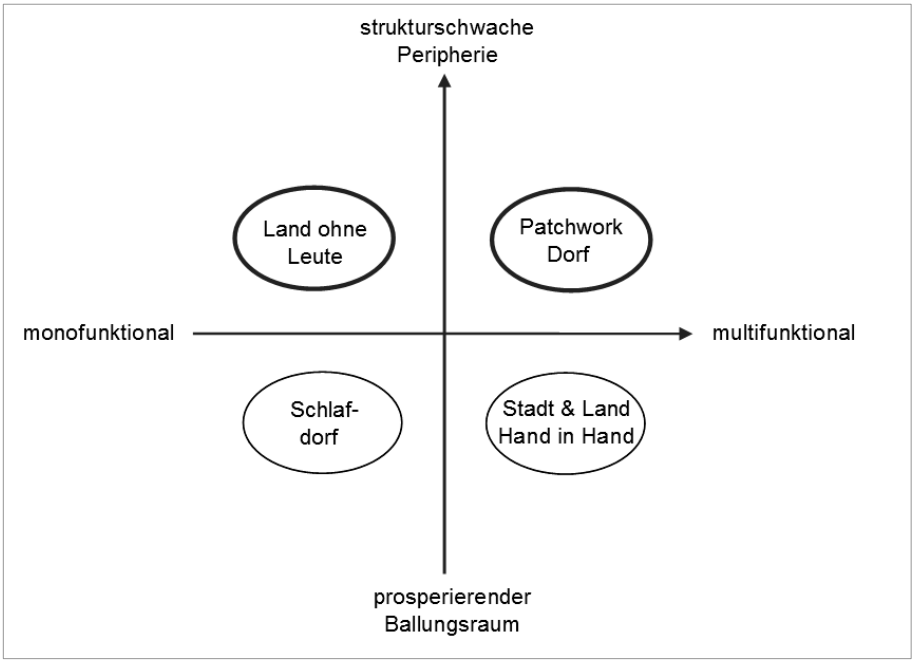


Abbildung 1: Vier Szenarien für die Dörfer 2020
(MAGEL, H. et al. 2009, 16)

[1] Beispielsweise fordert der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Umweltgutachten 2008 die Entwicklung von Zukunftsszenarien für den Naturschutz, um etwaigen negativen Veränderungen frühzeitig begegnen zu können (SRU 2008, 296). Weitere aktuelle Szenarien sind „Future Landscapes“ (BMVBW & BBR 2006a), „Auf dem Weg zur Stadt 2030 – Leitbilder, Szenarien und Konzepte“ (BMBF 2004)

Die Szenarien veranschaulichen die Spannweite möglicher Entwicklungen im Jahr 2020 und zeigen auf, wie sich die Kommunen im ländlichen Raum angesichts der aktuellen Trends von demographischem Wandel, wirtschaftlichem Strukturwandel und gesellschaftlichem Wertewandel verändern. Der Verlust der dörflichen Funktionsvielfalt wird von Experten als zentrales Zukunftsproblem ländlicher Gemeinden gesehen (vgl. auch DLKG 2006 & 2009). Die Grundhypothese des Forschungsvorhabens Dorferneuerung 2020 ist dementsprechend, dass die Lebensqualität im ländlichen Raum dort besonders hoch ist, wo alle Daseinsgrundfunktionen zufriedenstellend erfüllt sind. Für jeden Raumtyp wurde dieser Überlegung zufolge sowohl ein Szenario mit hoher Funktionserfüllung (=„best-case“) als auch ein „worst-case“-Szenario mit geringer Funktionserfüllung oder monofunktionaler Ausprägung erstellt. Die Entwicklung der Szenarien basiert auf einer x-Achse „Funktionalität“, während auf der y-Achse eine Einteilung in die Raumtypen „strukturschwache Peripherie“ und „prosperierender Ballungsraum“ erfolgt.

Die Szenarien zeigen deutlich, dass Dörfer in beiden Raumkategorien trotz unterschiedlicher Ausgangs- und Problemlagen von einem weitreichenden Funktionsverlust betroffen sind.

Zukunftsszenarien für Dörfer im peripheren ländlichen Raum

Für das Thema „Dörfer ohne Menschen“ sind die beiden Szenarien im peripheren ländlichen Raum interessant: Das Szenario „Land ohne Leute“ verdeutlicht einen negativen Entwicklungspfad. Kennzeichen ist ein hoher Verlust an Lebensqualität, der u. a. durch die massive Abnahme und Alterung der Bevölkerung, die Schließung von Betrieben, Ausdünnung der Nahversorgung und Abwanderung von gut ausgebildeten Menschen verursacht wird. Die Region befindet sich in einer negativen Entwicklungsspirale, in der die Stimmung der Akteure von Frust und Resignation, mangelnder Abstimmung und dem Fehlen innovativer Lösungsansätze geprägt ist.

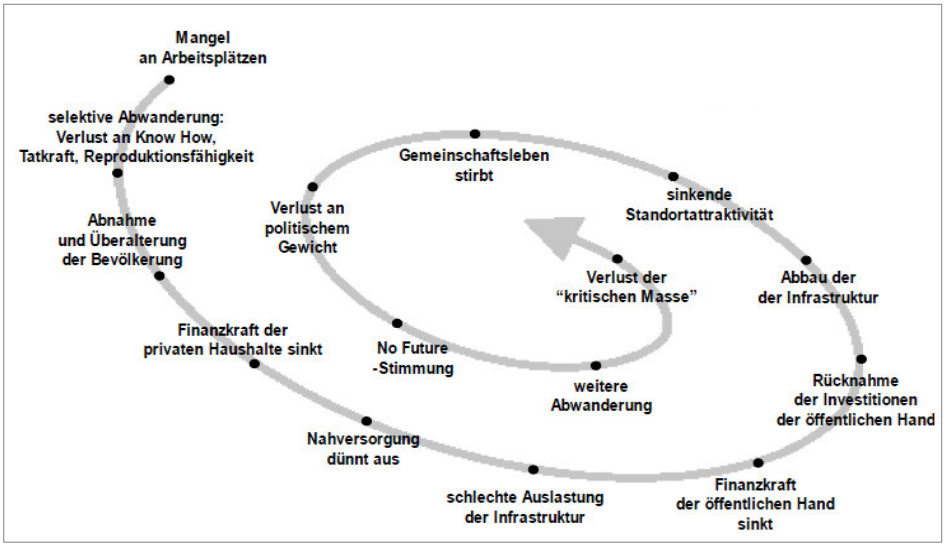


Abbildung 2: Rückläufige Entwicklungsspirale
(WEBER, G. et al. 2008, 71)

„Dörfer ohne Menschen", die prognostizierte Zukunft sieht für viele Gemeinden im ländlichen Raum nicht rosig aus. Mancherorts manifestieren sich die Auswirkungen des Phänomens Schrumpfung bereits deutlich sichtbar in Leerständen, Abwanderung und Desinvestition (vgl. DLKG 2009; WIRTH, P. 2007).

Wir müssen uns fragen (lassen): Wie können wir damit umgehen lernen? Wie sieht Lebensqualität trotz Schrumpfung aus? Was können positiv besetzte Entwicklungspfade in stagnierenden oder schrumpfenden Kommunen sein?

Betrachtet man die demographische und wirtschaftliche Situation, bleibt nichts anderes übrig, als vom Wachstumsgedanken wegzukommen und neue Inhalte dafür zu finden, wie „positive Entwicklung" definiert wird und wann eine Dorfentwicklung erfolgreich ist.

Das Szenario „Patchwork-Dorf" versucht eine solche positive Dorfentwicklung zu illustrieren und aufzuzeigen, welche Erfolgsfaktoren diese Entwicklung unterstützen (MAGEL, H. et al. 2009, 26). Die Akteure kooperieren in der Region in einer „Patchwork-Strategie", also im Sinne einer funktionalen Abstimmung, in der einzelne Dörfer jeweils spezifische Funktionen erfüllen.

Der „Patchwork-Verbund“ ist in gesamträumliche Zusammenhänge eingebettet, baut also auf der Verbindung von Dorf und Landschaft, der Einbindung des einzelnen Dorfs in den Zusammenhang der Gesamtgemeinde und der partnerschaftlichen Beziehung zur nächsten Stadt auf. Auf diese Weise werden regionale Wirtschaftskreisläufe geschaffen. Es gibt flexible Angebote für soziale und medizinische Infrastruktur und Mobilität; die gezielte Förderung von Ausbildung und Bildung hat höchste Priorität. Das Planungsinstrumentarium und die Siedlungsentwicklung wurden auf Um- und Rückbauprozesse und Bestandsmanagement ausgerichtet. Es kam zu einem Umdenken, was unter Lebensqualität zu verstehen ist. Die Menschen im „Patchwork-Dorf“ wurden sich der Verantwortung für ihren Lebensraum bewusst, lokale Wirtschaftsbetriebe wie auch soziale Unternehmen und Künstler schlossen sich in lokalen Verbünden zusammen, die von den Nutzern gut angenommen wurden. Mehrere Dörfer gingen im Verbund ihre „Schrumpfungsplanung“ aktiv an und schufen so Lebensqualität in regionaler Abstimmung.

Doch wie gelingt ein solches Umdenken in Gesellschaft, Kommunalpolitik und Planung? Für einen zukunftsfähigen Umgang mit dem Phänomen Schrumpfung im demographischen wie im ökonomischen Sinne und eine Neudefinition von Lebensqualität müssen folgende Aspekte berücksichtigt bzw. diskutiert werden:

➔ Wir müssen unsere Wachstumsfixierung überwinden

Das Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung an der BOKU Wien hat dazu eine interessante Studie vorgelegt: Schrumpfung, die Achillesferse der Raumplanung (WEBER, G. et al. 2008). Durch die Untersuchung aktueller Planungstheorien und -ansätze und die Analyse mehrerer Modellregionen zeigt sich, dass meist trotz der jahrzehntelang rückläufigen Entwicklung von Schlüsselindikatoren keine Diskussion über einen geordneten Rückzug oder ein Gestalten von Schrumpfung stattfindet. Alternativen zum Wachstumsdiktat werden nicht aufgezeigt (vgl. WEBER, G. 2009).

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Planung und Politik derzeit noch mit offenen Systemen argumentieren, also von der Möglichkeit des immer weiteren Wachstums ausgehen und damit ein sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Denkfehler begangen wird (WEBER, G. et al. 2008, 126). Das System von Raum und Ressourcen, in dem menschliches Handeln stattfindet, ist jedoch begrenzt und nicht exponentiell zu erweitern.

Einen möglichen Lösungsweg bietet die Integration naturwissenschaftlicher Überlegungen in das bisherige Denken: Weber zitiert dazu die evolutionäre Erkenntnistheorie nach Riedl, welche davon ausgeht, dass Natur sich in geschlossen gehaltenen Kreisläufen ordnet und „jede Wachstumsphase von einer Phase des Absterbens und des sich Regenerierens abgelöst wird, um wiederum in eine mitunter neu gestaltete Wachstumsphase einzutreten" (IBID.). Schrumpfung ist somit nicht als „Systemversagen" zu betrachten, das nach einer Überwindung der „Fehlsteuerung" wieder behoben sein wird. Eine Integration der Phasen Absterben und Regeneration in unser Denken könnte uns beim mentalen und planerischen Umgang mit Schrumpfung helfen.

➔ Wir müssen zu mehr Effizienz und Suffizienz kommen

Um eine zukunftsfähige Gesellschaft zu erreichen, gilt es nach wie vor, diese zwei altbekannten Begriffe aus der Nachhaltigkeitsdebatte mit Leben zu füllen:

„Die Suffizienzstrategie sucht nach Antworten auf die Frage des „Wie viel ist genug?" und legt die Folgerung nahe, dass in vielen Fällen ein „Weniger" an Materiellem ein „Mehr" an Umwelt- und Lebensqualität bedeutet" (WEBER, G. et al. 2008, 128). Diese Überlegung bestätigen auch Forschungen zur subjektiv empfundenen Lebensqualität: Diese wächst auf einem gewissen Niveau trotz steigenden Einkommens nicht stärker (vgl. HINTERBERGER, F. 2009, 8). Forderungen nach einer umfassenden Definition von Lebensqualität, die stärker soziale und ökologische Aspekte anstelle rein ökonomischer Indikatoren berücksichtigt, nehmen zu (vgl. STIGLITZ, J. et al. 2009).

Die Effizienzstrategie richtet sich auf die Ressourcenproduktivität, also die ergiebigere Nutzung von Materie und Energie, und „verfolgt die Frage, wie unverzichtbare Güter und Dienstleistungen unter größtmöglicher Sparsamkeit im Bezug auf Ressourcenverbrauch herzustellen, zu nutzen und zu erneuern bzw. zu entsorgen sind" (WEBER, G. et al. 2008, 128).

Unsere Ressourcen sind endlich, wir befinden uns im Zeitalter von Peak Oil. Die Überwindung von Distanz könnte sich in Zukunft zu einem zunehmenden Preisfaktor entwickeln, der hohe Verbrauch von Rohstoffen und Energie ist auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Eine drastische Reduktion der Stoffströme und deren Nutzung in geschlossenen Kreisläufen muss angestrebt werden.

„Wie alle Lebewesen unterwirft der Mensch seine Umwelt einer Nutzung, doch er zeichnet sich vor den anderen Lebewesen dadurch aus, dass er diese Nutzung bewusst und überlegt vornehmen kann" (HABER, W. 1971, 33).

Es gibt genug überzeugende Gründe, um Wege zu mehr Suffizienz in unserem Lebensstil einzuschlagen, zu mehr Energieeffizienz, mehr Flächeneffizienz und auch zu mehr Effizienz in unserem Handeln zu kommen.

➔ Wir müssen einen Weg zur Stärkung der Regionen und zu ökonomischer Subsidiarität finden

Wirtschaftskraft im ländlichen Raum halten? Ja. Um jeden Preis? Nein. Die wirtschaftliche Problematik des ländlichen Raumes kann aus Gründen der Nachhaltigkeit keine Legitimation für jedes Mittel sein. Wir sind momentan in der Gefahr, kurzgreifende Lösungen zu suchen, die letztlich mehr Probleme schaffen, als sie lösen, so dass wir am Ende sagen müssen: Der ländliche Raum hat seinen Charakter verloren ohne städtische Qualitäten gewonnen zu haben (vgl. ARE & UVEK 2005, 3).

Vorausschauend wäre auch unter der Prämisse schrumpfender Rohstoffvorräte eine Strategie der regionalen Rückbesinnung. Ein diskutierenswerter Lösungsweg ist das Prinzip der ökonomischen Subsidiarität (FELBER, C. 2006, 179f), ein Ansatz, der in vielen regionalen Initiativen und Regionalvermarktungsansätzen angedacht, jedoch aufgrund mangelnden politischen und gesellschaftlichen Rückhalts oder mangelnder Konsequenz in der Umsetzung selten durchschlagenden Erfolg hat. Es beinhaltet für Regionen eine konsequente Abkehr von der Unterordnung unter das Ziel der globalen Wettbewerbsfähigkeit und stattdessen Schutz, Entwicklung und Diversifizierung lokaler Wirtschaftssysteme. „Was vernünftiger Weise in einer Region erzeugt werden kann, sollte auch dort erzeugt werden“ (HINES, C. & LANG, T., 2002 zit. in FELBER, C. 2006, S. 180), der Weltmarkt wäre dann nur noch „das ergänzende Salz in der Suppe der lokalen Wirtschaft“ (FELBER, C. 2006, 179). So könnte die Gesellschaft wieder eine stärkere Kontrolle über wirtschaftliche Vorgänge und größeren sozialen Zusammenhalt erlangen, zu mehr Möglichkeiten im Umweltschutz und ökologischem Wirtschaften kommen und letztlich mehr Lebensqualität erreichen (vgl. FELBER, C. 2006, 181).

Das heißt zusammenfassend also: Dörfer haben Zukunft, aber nur mit grundsätzlich neuen Denkansätzen, mit anderen Werten und auch mit anderen Qualitäten. Wir müssen uns ernsthaft bemühen, Lösungen auf die Frage zu finden: Was ist Lebensqualität und wie erreichen wir diese auf anderen Wegen?

2. Welche Strategien sind für die Dorfentwicklung notwendig

Viele gute neue Ansätze sind bereits vorhanden und werden diskutiert, werden von Vorreiterkommunen entwickelt und in Modellprojekten erprobt. Es geht um das Überdenken der Daseinsvorsorge und Nahversorgung, um neue Wohn- und Siedlungsformen und angepasste Verkehrs- und Mobilitätskonzepte (vgl. ASG 2009; BMVBS & BBR 2006b; FREY, U. 2008).

Gerade schrumpfende ländliche Gemeinden müssen Kooperation auf allen Ebenen fördern und die neue Verantwortungsgemeinschaft vorleben. Der Einbezug von ehrenamtlichem Potenzial und heimischer Wirtschaft, interkommunale Kooperation auf politischer und Verwaltungsebene muss zur Selbstverständlichkeit werden, um zukünftige Herausforderungen zu bewältigen (vgl. MAGEL, H. & S. FRANKE 2008).

Um für eine immer komplexer werdende Zukunft gerüstet zu sein braucht Dorfentwicklung der Zukunft ...

... räumlich differenzierte Strategien und Maßnahmen um multifunktionale ländliche Siedlungen zu erhalten,

... einen Wandel der Dorfentwicklungsprogramme von der (infrastrukturellen) Vollversorgung zur Anregung und Befähigung bei Dorfumbau, Dorfinnenentwicklung und Schrumpfungsbegleitung,

... interkommunale Zusammenarbeit im Sinne einer Patchwork-Strategie: Funktionserfüllung auf gesamtgemeindlicher und regionaler Ebene und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit von Stadt und Land,

... partnerschaftliche und sich gegenseitig sinnvoll ergänzende ressortübergreifende Kooperation,

... gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, ökologischen Weitblick unter anderem im Bezug auf die Themen Energie, Daseinsvorsorge, Nahversorgung, die aus einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion über Werte und Lebensstile, über den Umgang mit Wachstum und Schrumpfung und die Folgen der Globalisierung entstehen. (vgl. MAGEL, H. et al. 2009)

Mit vielen Problemen kämpfen die ländlichen Räume bereits seit langem, viele von diesen Forderungen und Strategien sind bereits seit langem bekannt (vgl. GLÜCK, A. & H. MAGEL 1990; MAGEL, H. 2001). Die meisten Ziele sind jedoch immer noch nicht erreicht, viele gute Beispiele noch weit entfernt von einer Breitenwirkung.

Welche Voraussetzungen hat die Realisierung solcher Strategien? Woran hakt es, dass vieles so schwer um- oder durchzusetzen ist?

Die meisten Ansätze haben eines gemeinsam: Sie setzen bei den Akteuren an, diese sind die Ideengeber, die Träger, die Umsetzer von Dorfentwicklung. Sieht man sich die Erfolgsbeispiele an, ist die positive Entwicklung meist auf Motoren, Charismatiker, Diplomaten, Visionäre, Engagierte zurückzuführen. Klappt etwas nicht, werden neue Entwicklungen oder Kooperationen blockiert, liegt es wiederum häufig am Faktor Mensch. Entscheidend ist also vor allem die Frage nach dem „Wie". Wie können wir neue Strategien voranbringen?

3. Wie sollten neue Strategien entstehen, vorangetrieben und implementiert werden?

Analysiert man in den Dorfszenarien des Forschungsprojekts „Dorferneuerung 2020" die Erfolgsfaktoren in den best-case Szenarien (vgl. MAGEL, H. et al. 2009, 51f), so zeigt sich, dass jeweils bestimmte Kompetenzen vorhanden sind, um die für das Dorf bzw. die Gemeinde charakteristische Funktionsvielfalt zu erhalten.

Diese sind:

- Frühzeitiges und fundiertes Problembewusstsein, wodurch sich Gestaltungsspielräume und Handlungspotenziale eröffnen,
- Blickwechsel und Neuorientierung, d. h. Herausforderungen als Chance begreifen,
- Sensibilisierung aller Akteure von der abwartenden hin zu einer aktiven gestaltenden Haltung („agieren statt reagieren"),
- Lebensstildebatte und Wertediskussion (Wie wollen/ sollen wir zukünftig leben?),
- Zukunftsvorsorge durch Zukunftsvorausschau und aktivierende Leitbildprozesse,
- Aktive Bürgergesellschaft und Verantwortungsübernahme des Einzelnen für sein Handeln,
- Innovation und Kreativität in allen Bereichen,
- Vernetzung in zahlreichen Kooperationsbündnissen,
- Interdisziplinäres Fachwissen und Kommunikationskompetenz.

Diese Herangehensweisen erfordern von den Akteuren bestimmte Fähigkeiten und Qualifikationen, damit ein gesellschaftliches Umdenken mit Breitenwirkung angestoßen wird.

Wie kommt man zu sinnvoll geführten Wertediskursen, zu Begeisterung und Innovationsfähigkeit, die zu neuen Strategien führen? Wie kann man solche Prozesse initiieren?

Organisationsberater Prof. Peter Kruse zufolge gibt es zwei Möglichkeiten, um Veränderungen zu erreichen: Funktionsoptimierung (d.h. man macht alles, was man bisher gemacht hat, nur ein wenig besser) oder Prozessmusterwechsel (d.h. man macht nicht das Gleiche besser, sondern man macht etwas völlig Anderes) (vgl. KRUSE, P. 2009, 20f).

Für viele aktuelle Herausforderungen gibt es keine gesicherten Erfahrungswerte und erprobten Lösungswege, wir müssen mit einer komplexen Zukunft jonglieren, in der die Abhängigkeiten immer unübersichtlicher werden, die sich immer schneller verändert und nicht vorhersagbar reagiert. In der Theorie selbstorganisierender Systeme gesprochen befindet sich unsere Gesellschaft in einem instabilen und komplexen Zustand (vgl. KRUSE, P. 2009, 48ff). Hier ist es nicht mehr möglich, nach den althergebrachten Regeln der Steuerung zu handeln, sondern es geht darum, sich auf Prozesse einzulassen.

Um in instabilen Systemen Lösungen zu finden und zu einem Prozessmusterwechsel zu kommen, braucht es Visionen, kreative Ideen und die Bereitschaft, auch Leistungseinbrüche und Verunsicherung in Kauf zu nehmen (vgl. KRUSE, P. 2009, 73).

Ist es also Zeit für neue Wege? Haben wir die Fähigkeit zum Umdenken?

Es ist wohl nur zu menschlich, dass wir lieber in uns vertrauten Situationen verharren, auch wenn wir sie nicht mögen, anstatt uns auf das Risiko von Veränderungen einzulassen (vgl. DÖRNER, D. et al. 1983, 426).

Gesellschaftliches Umdenken ist also leicht zu fordern und schwer zu erreichen. Allgemeines Schulterzucken, wenn es um den „Faktor Mensch“ geht? Dabei wäre momentan die Zeit für Veränderungen gut. Die gesellschaftliche Stimmung ist kritisch, die Politik in einer Reorientierungsphase und allen ist klar, dass Handlungsbedarf besteht (vgl. u.a. FELBER, C. 2006; HINTERBERGER, F. 2009). Es scheint jedoch der Mut zu fehlen, um Neues zu denken und umzusetzen. Wir stehen also vor komplexen Problemen und fragen uns: Wer oder was ist das Ende des Fadens?

Wer treibt neue Strategien voran?

In Moderations- und Dorfentwicklungsseminaren lehren wir es: Jeder Akteur, jeder Multiplikator hält ein Ende des Fadens, des komplexen Netzes, in der Hand!

Um die Herausforderungen für die Zukunft der Dorfentwicklung zu meistern, besteht Handlungsbedarf für die Politik, die Verwaltungen, die Planung (aller Ebenen), für NGOs und Gesellschaft und für die Aus- und Fortbildung, Lehre und Forschung.

Es braucht Druck von unten, ein gewisser Leidensdruck muss wohl da sein. Und es braucht Führung von oben, da Änderungen von dort zielführender gesteuert und umgesetzt werden können. Und es braucht Motivation. Und die größte Motivation zu Handeln und sich auf Unsicherheit einzulassen liegt in der Faszination. „Faszination ist wohl die unerschöpflichste und positivste Quelle menschlicher Kreativität und Veränderungsbereitschaft. Sie besteht im Kern aus einer Mischung von Irritation und Neugier“ (KRUSE, P. 2009, 68).

Dorfentwicklung im 21. Jahrhundert braucht Leute, die die emotionale Kraft aufbringen, neue Wege einzuschlagen. Die Zukunftsherausforderungen der Kommunen lassen sich nicht kreativ und innovativ beantworten, wenn die beteiligten Akteure ihnen nur defensiv gegenübertreten. Die zukunftsfähige Steuerung von Kommunen erfordert bei allen Beteiligten einen Wechsel der Perspektive und Mentalität zu mehr Mut, mehr Kreativität und Innovation. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel, an dem jeder von uns noch viel stärker als bisher mitarbeiten muss.

Denn wäre es nicht eine Farce, über Strategien zu diskutieren, die nicht weitreichend genug sind, wirklich etwas zu verändern?

Was heißt das alles konkret für die tägliche Arbeit?

Den Gemeinden empfehlen Experten Leitbildarbeit, moderierte Arbeitskreise, nachhaltige Mobilität und regionale Nahversorgung. Wir sollten dies alles selbst auch berücksichtigen und mit unserem Auftreten als Vorbild wirken, indem wir bewußter an unseren Arbeits- und Kommunikationsstrukturen feilen, unsere Werte kommunizieren und diskutieren.

Konsequente Anwendung von Fortbildung, Moderation, Mediation und Coaching sollte zur Selbstverständlichkeit werden, damit es gelingt, sinnlose Machtkämpfe und festgefahrenen Strukturen aufzulösen und gemeinsam die Sache über persönliche Befindlichkeiten zu stellen.

Sowohl in der (Kommunal-)Politik als auch im jeweiligen Alltagsgeschäft von Fachverwaltungen, Planungsbüros oder Bildungseinrichtungen lassen sich die Hinweise anwenden, welche die BERTELSMANN STIFTUNG unter dem Titel „Grundsätze und Strategien für eine zeitgemäße Kommunalpolitik“ (2008) veröffentlicht hat:

„Strategisch führen: Nicht ohne Ziele!

Ihre Herausforderungen kann die Kommune nur bewältigen, wenn sie neben dem kurzatmigen Tagesgeschäft längerfristige, wirkungsorientierte Konzepte entwickelt. Führung bedeutet in diesem Zusammenhang, dass Entscheider über Schlüsselkompetenzen verfügen, um

- gut informiert und sachlich fundiert Entwicklungsziele zu setzen,
- diese an die Öffentlichkeit zu kommunizieren,
- damit Orientierung zu vermitteln
- und die Umsetzung sicherzustellen – auch gegen Widerstände partikularer Interessengruppen.

Diese Zielorientierung moderner Politik kann allerdings nur dann wirksam werden, wenn das System auch von innen her fähig ist, strategisch zu planen, neue Ideen aufzunehmen und sich zeitgemäß zu organisieren. Verwaltungsspitzen und Mandatsträger sind verantwortlich für neue Formen der Zusammenarbeit im Rat, in den Fraktionen und Ausschüssen. Fraktionen und Räte müssen sich als lernende Organisationen verstehen. Die große Verantwortung, die die kommunalpolitischen Entscheidungsträger haben, erfordert nicht zuletzt ein hohes Maß an Professionalität“ (BERTELSMANN STIFTUNG 2008, 22/23). Die Berücksichtigung dieser Organisations- und Arbeitsweisen „zielt auf ein effizientes und effektives Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ab und strebt damit im Grunde nach einem veränderten Staatsmodell, das von einer neuen Verantwortungs- und Aufgabenteilung ausgeht und damit auch zwangsläufig zu einem neuen Regierungs-, Planungs-, Diskussions- und Entscheidungsstil führt“ (MAGEL, H. & S. FRANKE 2008, 28).

Haben die Kommunen im ländlichen Raum eine Zukunft?

Kommunen im ländlichen Raum haben eine Zukunft, wenn es uns allen gelingt, grundlegender umzudenken. Dorfentwicklungsprogramme sind eine wichtige Unterstützung und auf dem richtigen Weg. Doch es kann in Zukunft nicht mehr vor allem darum gehen zu bauen, sondern es muss viel stärker noch um das Bewußtsein der Akteure selbst und die Förderung von weichen Faktoren gehen. Damit dies gelingt, müssen solche Aspekte stärker anerkannt werden, mit entsprechender Ausbildung, Finanzmitteln und in den (Erfolgs-)Statistiken.

Tagungen und Erfahrungsaustausch sind wichtig und zeigen, dass es viele gute Ansätze gibt. Wir alle sollten unsere Rolle als Multiplikatoren ernst nehmen: Wenn wir wirklich etwas verändern wollen, müssen wir in den Herausforderungen für die ländlichen Räume auch die darin enthaltenen vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten suchen und sehen lernen.

Literatur:

ARE & UVEK – BUNDESAMT FÜR RAUMENTWICKLUNG UND EIDG. DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION [Hrsg.] (2005): Raumentwicklungsbericht 2005 Zusammenfassung. Bern.

ASG – AGRARSOZIALE GESELLSCHAFT e.V. [Hrsg.] (2009): Dörfer auf dem Weg in die Zukunft: Herausforderung Innenentwicklung. Ländlicher Raum, Heft 03/04. Göttingen.

BERTELSMANN STIFTUNG (2008): Kommunen schaffen Zukunft. Grundsätze und Strategien für eine zeitgemäße Kommunalpolitik. Online unter:
http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_28157_28158_2.pdf
(Letzter Zugriff: 11.01.10).

BMBF – BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG [Hrsg.] (2004): Auf dem Weg zur Stadt 2030 – Leitbilder, Szenarien und Konzepte, Ergebnisse des Forschungsverbundes „Stadt 2030“. Berlin.

BMVBS & BBR – BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG & BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG [Hrsg.] (2006a): Future Landscapes. Berlin, Bonn.

BMVBS & BBR – BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU- UND STADTENTWICKLUNG & BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG [Hrsg.] (2006b): Umbau statt Zuwachs – Siedlungsentwicklung und öffentliche Daseinsvorsorge im Zeichen des demographischen Wandels. Berlin, Bonn.

DLKG – DEUTSCHE LANDESKULTURGESELLSCHAFT [Hrsg.] (2006): Ländlicher Raum auf Roter Liste. Der Beitrag der Integrierten Ländlichen Entwicklung zur Schaffung von Arbeitsplätzen unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in Deutschland. Müncheberg (Schriftenreihe der DLKG, Sonderheft 1).

DLKG – DEUTSCHE LANDESKULTURGESELLSCHAFT [Hrsg.] (2009): Dörfer ohne Menschen!? Zwischen Abriss, Umnutzung und Vitalisierung. Müncheberg (Schriftenreihe der DLKG, Sonderheft 2).

DÖRNER, D., F. REITHER, H.W. KREUZIG & T. STÄUDEL (1983): Lohhausen. Vom Umgang mit Unbestimmtheit und Komplexität. Forschungsbericht. Bern.

FELBER, C. (2006): 50 Vorschläge für eine gerechtere Welt. Wien.

FREY, U. (2008): Interkommunale Allianz Oberes Werntal – Flächenmanagement in interkommunaler Zusammenarbeit. In: Der Bayerische Bürgermeister Heft 4, 180f.

GLÜCK, A. & H. MAGEL [Hrsg.] (1990): Das Land hat Zukunft. Neue Perspektiven für die ländlichen Räume, München.

HABER, W. (1971): Landschaftspflege durch differenzierte Bodennutzung. In: Bayerisches landwirtschaftliches Jahrbuch 48, Sonderheft 1: 19 – 35.

HINTERBERGER, F. (2009): Arbeitsplätze ohne Wachstum? In: Agrarische Rundschau, Heft 5, 8 – 10.

KRUSE, P. (2009): Next practice – Erfolgreiches Management von Instabilität. Veränderung durch Vernetzung. 4. Auflage, Offenbach.

MAGEL, H (2001): 20 Jahre Bayerisches Dorferneuerungsprogramm: Ein- und Aussichten. In: Flächenmanagement und Bodenordnung, 62. Jg., Heft 6: 262 – 269.

MAGEL, H. & S. FRANKE (2008): Zum Stellenwert von Good Governance in der Politik für die ländlichen Räume. In: BMELV – BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ [Hrsg.]: Zukunft ländlicher Räume. (Berichte über Landwirtschaft, 217. Sonderheft), Bonn: 23 – 35.

MAGEL, H., C. GROß & A. RITZINGER (2009): Dorferneuerung 2020 – Zukunftskonzeption und -strategien der Dorferneuerung in Bayern. Arbeitsbericht 2 – Dorffunktionen der Zukunft. Unveröffentlichter Forschungsbericht im Auftrag des Bereichs Zentrale Aufgaben der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung, München.

RITZINGER, A. (2007): Schönere Heimat – Gedanken über die Zukunft unserer Dörfer. – In: Schönere Heimat – Erbe und Auftrag, Heft 1: 3 – 8.

SRU – SACHVERSTÄNDIGENRAT FÜR UMWELTFRAGEN (2008): Umweltgutachten 2008. Berlin.

STEINMÜLLER, K. [Hrsg.] (1997): Grundlagen und Methoden der Zukunftsforschung. (Sekretariat für Zukunftsforschung, Werkstattbericht 21), Gelsenkirchen.

STIGLITZ J., A. SEN & J. P. FITOUSSI (2009): Report of the Commission on the measurement of economic performance and social progress. Online unter: www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf (Letzter Zugriff: 11.12.09).

WEBER, G., J. SCHMID, K.M. HÖFERL, G. STÖGLEHNER, M. KRAMMER & V. PEER (2008): Schrumpfung – die Achillesferse der Raumplanung. (Studie im Auftrag des Club of Vienna (COV)). Wien .

WEBER, G. (2009): Schrumpfung als Planungsauftrag? Der gestaltete Rückzug als neue Aufgabe der Raumplanung. Vortrag bei der CIPRA-Jahresfachtagung Gamprin, 18.09.2009 Online unter: http://www.cipra.org/de/CIPRA/cipra-international/veranstaltungen/jahresfachtagungen/jahresfachtagungen/2009-gamprin/090919dWeber.pdf (Letzter Zugriff: 11.01.10).

WIRTH, P. (2007): Schrumpfung und Peripherie. In: WIRTH, P. & M. BOSE [Hrsg.]: Schrumpfung an der Peripherie. München: 1 – 14.

Dorf-GERECHT – Lebensqualität neu organisieren. Beispiele aus Sachsen

Ulrike Schumacher & Angela Kunz
Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Dresden

1. Lebensqualität und demografischer Wandel

Das Konzept der Lebensqualität ist schillernd und kann sich je nach Kontext eher auf objektiv messbare Lebensbedingungen und/oder die subjektive Wahrnehmung dieser Bedingungen beziehen. Doch diese Ebenen hängen zusammen: Das individuelle Empfinden wird durch unterschiedliche Faktoren, wie die gesundheitliche Verfassung, die sozialen Beziehungen, den Grad der infrastrukturellen Ausstattung, Möglichkeiten der Bildung und kulturellen Betätigung oder auch die umgebende Natur und den Umweltzustand beeinflusst. Berichterstattungen zur Bewertung verschiedener Lebensbereiche, auch unter dem Gesichtspunkt der Lebensqualität, finden sich auf nationaler oder europäischer Ebene (STATISTISCHES BUNDESAMT, GESIS & WZB 2008, FLORA, P. & H. H. NOLL 1999). Der Glücksgrad ganzer Gesellschaften wird untersucht (LAYARD, R. 2005). Doch wurde der Fokus bisher nur unzureichend auf die regionale und dörfliche Ebene gerichtet (BEETZ, S. 2007; vgl. SPELLERBERG, A. et al. 2006).

Dies ist Gegenstand unseres Artikels, in dem wir aktuelle Beispiele lokaler und regionaler Entwicklungsvorhaben in ländlichen Räumen Sachsens vorstellen. Aufgezeigt werden zunächst Ergebnisse einer Untersuchung zur Wahrnehmung dörflicher Lebensverhältnisse (2.). Dann richten wir den Blick auf die regionale Ebene der Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepte (ILEK) und deren Handlungsstrategien zur Verbesserung der Lebensqualität (3.). Die darauffolgenden Beispiele stellen Projekte aus den Bereichen Rückbau und Innenentwicklung, Mobilität und Sicherung alltäglicher Versorgung vor (4.). In der Diskussion um den demografischen Wandel und seine Begleiterscheinungen, entstehende Handlungsanforderungen und notwendig werdende Anpassungen erzählen wir vom „Hier und Jetzt“, von heute tätigen Akteuren. Die Zukunft soll dabei nicht ausgeblendet werden. Sachsen ist und bleibt vermutlich das Bundesland mit dem höchsten Durchschnittsalter (45,4 Jahre in 2007, STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN). Die Bevölkerung wird sich voraussichtlich bis zum Jahr 2020 um durchschnittlich 11,4 % verringern (ebd.). Doch erfassen allgemeine Trendaussagen nicht kleinräumige, unter Umständen gegenläufige Entwicklungen.

Alle europäischen Länder sind mit dem demografischen Wandel konfrontiert, doch unterscheiden sich die Auswirkungen von Region zu Region, von Stadt zu Stadt (HOLLBACH-GRÖNING, B. & J. TRAPP 2006) oder eben von Dorf zu Dorf: Beispielhaft hierfür sind ländliche Gemeinden mit hohen Geburtenraten wie z.B. Nebelschütz, Rosenbach oder Ralbitz-Rosenthal in der sächsischen Oberlausitz (STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN).

So lässt sich die soziale Wirklichkeit einerseits mit Zahlen, Daten und Fakten beschreiben. Andererseits sind Entwicklungen nur beschränkt durch Berechnungen vorhersehbar, da ein wesentlicher Faktor, die Dynamik der Bilderwelt, der inneren Vorstellungen und der Gefühle der Menschen niemals hinreichend berücksichtigt werden kann (INSTITUT RETZL). Beispielhaft hierfür sind unsere inneren Bilder vom Altern, die von negativen bis positiven Deutungen reichen.[1] Auch der Diskurs um den demografischen Wandel und Wandlungsprozesse in Ostdeutschland ist durch Bilder geprägt, seien es Zustandsbeschreibungen, positive Zukunftsbilder oder Schreckensszenarien (DISSMANN et al. 2008).
Unsere Beispiele dienen dazu, den lokalen Einzelfall, das Besondere einer Region, die Spezifik einzelner Dörfer darzustellen – und damit ebenfalls innere Bilder zu erzeugen. Sie handeln von Vorhaben, bei denen Menschen gemeinsam anpacken, nach neuen Wegen suchen, um die Versorgung zu verbessern, die Mobilität zu erleichtern oder das Ortsbild zu verschönern. Dabei vollziehen sich Lernprozesse, werden Erfolge erzielt, Pläne bestätigt oder Weichen gestellt – Erfahrungen werden gesammelt, die auch über die Region hinaus lehrreich sind. Im letzten Abschnitt formulieren wir Handlungsempfehlungen, die sich besonders auf die politische Gestaltung und das Verwaltungshandeln beziehen, aber auch Spielräume für jedermann aufzeigen (5.).

2. Wahrnehmung dörflicher Lebensverhältnisse

Der Diskurs über sich entleerende Dörfer in ostdeutschen ländlichen Regionen war in den letzten Jahren stark von Bildern eines „unausweichlichen Niedergangs“ bestimmt (BEETZ, S. 2006). Demografische Trends wurden dabei teils instrumentalisiert. Der politischen und auch wissenschaftlichen Auseinandersetzung liegen Deutungsmuster zugrunde, bei denen „Wanderung“ im Gegensatz zur Sesshaftigkeit eher positiv besetzt ist, Wachstum und Fortschritt als gesellschaftliche Zielvorstellungen vor allem in urbanen Bevölkerungszentren gesehen werden (ebd.).

[1] Vorherrschende negative Bilder aufzubrechen und für die Potenziale des Alters zu sensibilisieren, hat sich die Akademiengruppe Altern in Deutschland zur Aufgabe gemacht (http://www.altern-in-deutschland.de).

Dem liegen „Metropolen-Peripherie-Modelle“ zugrunde, die Definitionsmacht beanspruchen und die die öffentliche Auseinandersetzung über ländliche Lebensverhältnisse prägen. Die Selbstwahrnehmungen und -beschreibungen der Landbewohner hingegen spielen eine untergeordnete Rolle (ebd.). „Dorf-GERECHT“ heißt aber, sowohl der Siedlungsgröße „Dorf“ als auch den Bewohnern der Dörfer gerecht zu werden. Es gilt, ihren Blickwinkel in die Diskussion um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse einzubringen.

Das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) in Sachsen hat 2009 eine Untersuchung zur Bewertung der Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge aus Sicht der Bewohner von 22 sächsischen Dörfern vorgelegt (FREITAG, T. & C. RÖßLER 2009). Darin kommt deutlich zum Ausdruck, dass 60 Prozent der Bewohner mit den Lebensverhältnissen im Dorf zufrieden oder sehr zufrieden sind. Nur 6 Prozent sind mit den Lebensverhältnissen im Dorf sehr oder überwiegend unzufrieden. Als maßgebliche Einflussfaktoren auf die Bewertung der Lebensverhältnisse im Dorf konnten in folgender Rangfolge statistisch belegt werden:

1. persönliche Lebensverhältnisse wie Gesundheit und berufliche Situation
2. Zusammenhalt im Dorf
3. Wohnumfeld und Wohnverhältnisse.

Eher schwach belegt ist der Zusammenhang der Bewertung mit den Versorgungs- und Dienstleistungsangeboten und mit den ÖPNV-Angeboten (ebd.).

Was kann man daraus schlussfolgern? Keinesfalls geht es darum, die Situation der Dörfer bezüglich der Ausstattung mit Infrastruktur und Dienstleistungsangeboten als ausreichend darzustellen. Eine Minderheit ist mehr oder weniger vom Wegbrechen wichtiger Versorgungsinfrastrukturen beeinträchtigt. In mehr als der Hälfte der Dörfer gibt es laut Untersuchung keine stationären Versorgungsangebote, aber in allen gibt es für Backwaren und Fleisch- und Wurstwaren zumindest einmal pro Woche eine mobile Versorgung. Die Motorisierung der Bevölkerung ist überdurchschnittlich hoch und Nachbarschaftshilfe wirkt ausgleichend. Doch ist anzunehmen, dass innerfamiliäre Hilfenetze und insbesondere die Unterstützung zwischen den Generationen sich wandeln, da die Folgen der Abwanderung die jetzt „jungen Alten“, die derzeit für die Hochbetagten sorgen, verstärkt treffen werden. Neue Versorgungspartnerschaften und soziale Netze werden dann notwendig sein. Bisher wird das Problem der „Erreichbarkeit“ in den Dörfern auf die vielfältigste Weise, aber meist nur temporär oder partiell gelöst.

Inwiefern Abwanderungen der Menschen von Dörfern in besser ausgestattete Kleinstädte eine Reaktion und Strategie darstellen, wird derzeit im Rahmen einer Studie des LfULG untersucht. Zu beachten ist bei diesen Überlegungen generell, dass existierende soziale und wirtschaftliche Problemlagen sowie Fragen der Chancenverteilung nicht „demografisiert" und damit der Auseinandersetzung über andere Ursachen und gesellschaftliche Einflussfaktoren entzogen werden (BEETZ, S. 2006). Ferner sollten in der Debatte über die Bereitstellung infrastruktureller Dienstleistungen neben dem „wie" und „von wem" das „was", „wozu" und „für wen" verstärkt reflektiert werden (MOSS, T. et al. 2007).

3. Nachhaltigkeit lokaler Projekte

Die Integrierte Ländliche Entwicklung ist 2007 in Sachsen mit der Maßgabe an die Regionen ausgestaltet worden, sich auf die Herausforderungen des demografischen Wandels einzustellen. Rund 900 (ca. 11 Prozent) der ca. 8000 in den Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepten (ILEK) aufgezeigten Projekte enthalten Ideen und praktische Lösungen, um die Lebensqualität in ländlichen Räumen zu verbessern und auch den Erfordernissen des demografischen Wandels zu entsprechen oder zu begegnen (BACKMANN, K. 2009). Sie richten sich insbesondere auf die Handlungsfelder Nahversorgung/medizinische Versorgung, Bildung/Fachkräftesicherung, Generationen spezifische und Generationen übergreifende Angebote. Das „Miteinander der Generationen" ist ein Hauptanliegen, das beispielsweise durch öffentliche Einrichtungen wie Mehrgenerationenhäuser/Dorfgemeinschaftshäuser, durch die Mitgliedschaft und Arbeit in Vereinen, durch Generationen verbindende Wohnanlagen oder durch die Mitarbeit von Menschen verschiedenen Alters an konkreten Einzelprojekten verfolgt wird. Um die Fördergelder der Ländlichen Entwicklung effizient einzusetzen, wurde vom LfULG im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft ein „Leitfaden zur Prüfung und Begründung der Demografierelevanz von ILE- und LEADER-Projekten" entwickelt, mit dessen Hilfe die Angemessenheit, Tragfähigkeit und damit Nachhaltigkeit der Maßnahmen überprüft werden soll (MÜLLER, D. 2009). Die darin aufgezeigten Kriterien können bereits bei der Konzipierung der Maßnahmen herangezogen werden, ohne dass sie kreative Impulse ersticken sollen.

4. Beispiele

Die folgenden Beispiele zeigen, wie auf lokale Probleme, wie schlechte ÖPNV-Anbindung oder Leerstand, reagiert und nach neuen Wegen zur Verbesserung der alltäglichen Versorgung gesucht wird.

4.1 Mobilität in abgelegenen Dörfern sichern – der BürgerBus Lommatzscher Pflege

Im Gebiet der Lommatzscher Pflege (Landkreis Meißen) wurde im Jahre 2008 das Projekt „BürgerBus“ initiiert. Ausgangspunkt war, dass viele kleine Ortschaften nicht mehr vom regulären Linienbus angefahren wurden. Die Lommatzscher Pflege liegt links der Elbe im mittelsächsischen Lößhügelland zwischen Meißen, Nossen, Döbeln und Riesa. Kennzeichnend ist eine Vielzahl von kleinsten Ortschaften, die oft nur aus wenigen Drei- und Vierseithöfen bestehen – die rd. 30.000 Einwohner leben in 235 Ortschaften in 12 Gemeinden.

Die Lommatzscher Pflege ist anerkanntes LEADER-Gebiet. Ausgehend von einem Modellprojekt der Raumordnung (MORO) und im Zusammenhang mit der ILE-Konzeption wurde das Thema Bürgerbus von den beiden Gemeinden Lommatzsch und Käbschütztal aufgegriffen. Das Deutsche Institut für Stadt und Raum e.V. wurde von den Gemeinden beauftragt, eine Bedarfsstudie durchzuführen. Die Verkehrsgesellschaft als Kompetenzträger wurde gleichzeitig mit ins Boot geholt. Die Studie zeigte erhebliche Defizite in der ÖPNV-Anbindung im ländlichen Raum und erbrachte eine Liste von Ortsteilen, die in eine Fahrtroute aufgenommen werden sollten. Vereinsmitglieder und Fahrer wurden gefunden, sodass es zur Gründung des Bürgerbusvereins Lommatzscher Pflege e.V. kam. Das Vorhaben wurde in der Aufbauphase weiterhin vom Institut für Stadt und Raum e.V., vertreten durch Michaela Stock, unterstützt und begleitet.

Ziel des Bürgerbusvereins ist es, die Mobilität der ländlichen Bevölkerung zu verbessern. Mit einem Kleinbus steuern die Fahrerinnen und Fahrer 40 nicht (mehr) an den ÖPNV angeschlossene Ortsteile an und fahren die Bürger zu Einkauf, Arzt oder Behörde. Diesen Dienst leisten sie in ehrenamtlicher Tätigkeit unter dem Motto: Bürger fahren für Bürger.

Abbildung 1:
Ehrenamtliche Fahrerin des
BürgerBus Lommatzscher Pflege e.V.

Viel Engagement, Begeisterungsfähigkeit und Mut waren notwendig, um das Projekt auf die Beine zu stellen. Durch den Kreistag wurde im ersten Jahr ein Zuschuss gewährt, der für das darauffolgende Jahr erneuert wurde und der auch zukünftig eine wichtige Geschäftsgrundlage darstellt. Der Verein kooperiert mit der regionalen Verkehrsgesellschaft, die den Bus für die jeweiligen Fahrtage an den Verein vermietet. Die Vereinsmitglieder erarbeiten mit Unterstützung der Verkehrsgesellschaft Meißen den Dienstplan und organisieren den Fahrbetrieb, es gilt der Tarif des regionalen Verkehrsverbundes.

Nach einjährigem Betrieb zieht der Verein eine positive Bilanz, da die Auslastung grundsätzlich zufriedenstellend ist. Gleichzeitig kann die Akzeptanz noch verbessert werden: Hierzu gehört z.B., die Angebote durch Öffentlichkeitsarbeit noch bekannter zu machen. Ferner ist Offenheit bei potenziellen Nutzern notwendig, auch liebgewordene Routinen, wie den Einkauf an einem bestimmten Wochentag, zu verändern.

Hemmnisse bestehen in hohen Hürden, die durch das Personenbeförderungsgesetz auferlegt werden. Hierzu zählen hohe gesundheitliche sowie fahrtechnische Anforderungen, die von den Vereinsmitgliedern als überzogen angesehen werden. Eine ausreichende Anzahl von Fahrern ist aber entscheidend für die Stabilität des Angebots. Die Suche nach Fahrern, ihre Einbindung und Einarbeitung ist daher eine wichtige Daueraufgabe der Vereinsarbeit.

Abbildung 2: Mitglieder des BürgerBus Lommatzscher Pflege e.V.

Wird sich das Modell langfristig bewähren und kann der Betrieb nachhaltig sicher gestellt werden? Momentan ist jede Seite, der Verein, die Verkehrsgesellschaft sowie der Kreistag bereit, einen Beitrag zu leisten, sei es finanziell durch eine Grundfinanzierung, technisch-logistisch durch die Bereitstellung, Wartung und Pflege der Fahrzeuge oder eben durch Zeitspenden, Mitdenken, Qualifizierung und aktives „Losmachen" der Vereinsmitglieder. Für die Zukunft streben die Vereinsmitglieder die Anerkennung als gemeinnütziger Verein an.

4.2 Abriss und Neugestaltung in Reitzenhain / Erzgebirge

Der Ortsteil Reitzenhain liegt 11 Kilometer südöstlich der Großen Kreisstadt Marienberg direkt an der Grenze zur Tschechischen Republik. Er hatte zwischen 1990 und 2006 einen Einwohnerverlust von 45,5 % zu verzeichnen: Lebten im Jahr 1990 noch 653 Einwohner in Reitzenhain, so waren es im Jahr 2006 356 Einwohner. Der Ortsteil ist geprägt durch den Grenz- und Durchgangsverkehr auf der Bundesstraße 174, die die Verbindungsachse Leipzig-Chemnitz-Prag darstellt. Da sie direkt durch den Ort führt, ist die Wohn- und Lebensqualität beeinträchtigt. Infolge der EU-Osterweiterung entfiel der Zollbetrieb, wodurch Arbeitsplätze verloren gingen. Mit dem starken Rückgang der Bevölkerung stellte sich ein dauerhaftes Überangebot an Wohngebäuden ein. Die leerstehenden Gebäude verfielen immer mehr und stellten sich als städtebauliche Missstände dar.

Im Jahr 2007 beschloss die Stadt, ein Entwicklungskonzept für den Ortsteil zu erarbeiten. Die Eigentümer und Bewohner von Reitzenhain wurden zur Gesamtsituation des Ortes befragt. Im Blickpunkt standen Mängel, Missstände und mögliche Verbesserungen. Auf einer Informationsveranstaltung wurde die Befragung ausgewertet, erste Maßnahmen wurden vorgestellt. Diese sahen den Abriss von vier Wohngebäuden, eines ehemaligen Komplexes eines Altenpflegeheims sowie der ehemaligen Schule vor. Da die Vermarktung erfolglos geblieben war und die Gebäude nicht mehr sanierungsfähig waren, wurden die Maßnahmen letztlich mit der Zustimmung der Bevölkerung beschlossen. Es bildete sich eine Arbeitsgruppe, die sich seitdem gemeinsam mit der Stadtverwaltung um den Erhalt und die Verbesserung des Ortsteiles kümmert. Stark vertreten sind junge Leute, die sich fest mit dem Ort verbunden fühlen und ihn auch trotz der strukturellen Probleme nicht verlassen möchten: 12 Personen der 22 Mitglieder umfassenden Gruppe sind zwischen 25 – 40 Jahren, 8 Personen zwischen 41 – 60 Jahren und zwei weitere älter als 60 Jahre. Die Bewohner sind durch die Arbeitsgruppe stärker als bisher angehalten, miteinander zu arbeiten. Von Seiten der Stadt wird Hilfestellung durch Koordination und Moderation gegeben, die Themen werden aber von den Bürgern selbst entwickelt und umgesetzt.

Abbildung 3: Reitzenhainer Arbeitsgruppe bei einer Ortsbegehung

In den Jahren 2008 und 2009 wurden die vorgesehenen Gebäude mit Hilfe der Programme „Stadtumbau Ost“ und „Brachenrevitalisierung“ abgerissen. Die Flächen wurden daraufhin unter Beteiligung der Arbeitsgruppe neu gestaltet oder renaturiert. So wurde bspw. die Fläche des Altenpflegeheimes der Natur, dem direkt angrenzenden Hochmoor, „wieder gegeben“.

Abbildung 4: Ehemaliger Komplex eines Altenpflegeheimes

Abbildung 5: Derzeitiger Stand der Renaturierung in unmittelbarer Nähe eines Hochmoores

Der Rückbau betraf teils weitab gelegene Gebäude wie den Komplex des Altenpflegeheimes. Die Aktivitäten richten sich nun auf den Erhalt des Ortskerns. Die folgenden Maßnahmen sollen die Lebensqualität und die Wohnbedingungen im Ort verbessern und werden jetzt angegangen:

- mit der barrierefreien Gestaltung der Verkehrsräume soll die Verkehrssituation verbessert werden
- ein leerstehendes denkmalgeschütztes Wohngebäude dient zukünftig als Gemeinschaftseinrichtung. Verschiedene Gruppen, wie Heimatverein oder Jugendclub, werden die Räumlichkeiten nutzen und gemeinsame Aktivitäten starten
- die angrenzende Gartenfläche wird neu gestaltet und Nutzungsmöglichkeiten für Jung und Alt bieten
- das ehemalige Rathaus soll zum Dienstleistungszentrum umgestaltet werden, in dem Angebote wie Physiotherapie, ein Nahversorgungsladen, Sparkasse und Arztpraxis gebündelt werden. Der Erhalt der Praxis der Landärztin hat besondere Priorität.

Abbildung 6: Umnutzung eines leerstehenden Wohngebäudes als Gemeinschaftseinrichtung

Im Jahr 2010 ist die weitere Ausgestaltung des Gemeinschaftshauses und der dazugehörigen Freifläche geplant.

4.3 Nachhaltigkeitsprüfung am Beispiel des Projekts „Mobile Marktplätze“

Das Beispiel beleuchtet eine Initiative zur Etablierung „Mobiler Marktplätze“ im LEADER-Gebiet „Elbe-Röder-Dreieck“. Das „Elbe-Röder-Dreieck“ liegt im Nordwesten des Landkreises Meißen und umfasst zwei Städte und sechs Gemeinden. Auf einer Fläche von knapp 300 km² leben rund 32.500 Menschen.

Zur Verbesserung der Nahversorgung wurde an der zeitlichen und örtlichen Bündelung mobiler Händler gearbeitet. Ziel war es, die Routen mobiler Händler zu koordinieren und in ausgewählten Dörfern Marktplatz ähnliche Situationen zu schaffen. Die Standplätze der Händler sollten einheitlich beschildert werden. Durch weitere Ausstattung (Bänke, befestigte Flächen, Wasser, Strom etc.) sollte gleichzeitig die Aufenthaltsqualität dieser Plätze im Dorf erhöht werden.

Abbildung 7: Dorfplatz in Peritz, Gemeinde Wülknitz

Im Rahmen eines Demografiechecks wurde vorhabensbegleitend eine Bürgerbefragung in sechs ausgewählten Dörfern durchgeführt, um die gegenwärtige Bedarfslage zu konkretisieren. Die Befragung zeigte, dass die Möglichkeit, sich mit Waren des täglichen Bedarfs zu versorgen, auch von den älteren Dorfbewohnern überwiegend als positiv und ausreichend eingeschätzt wird. Es gibt noch stationäre und mobile Angebote, die zu Fuß, mit dem eigenen Auto, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem Fahrrad auf gut ausgebauten Radwegen erreichbar sind. Familiäre und nachbarschaftliche Hilfsstrukturen greifen – zumindest momentan – noch. Außerdem haben stationäre Händler Bedenken hinsichtlich einer möglicherweise entstehenden Konkurrenzsituation, die ihre ohnehin angespannte existenzielle Lage verschärfen könnte.

Die ursprüngliche Idee „Mobiler Marktplätze“ steht deshalb im LEADER-Gebiet „Elbe-Röder-Dreieck“ derzeit auf dem Prüfstand. Aus den Erfahrungen lässt sich folgern, dass sie in weniger gut versorgten Regionen aufgegriffen und weiter entwickelt werden sollte. Für diese Aufgabe kommen besonders die lokalen Akteure in Frage, die die Problemlage kennen und Möglichkeiten zur Koordinierung und Vernetzung haben, wie z.B. die Händler selbst, Kommunen oder das Regionalmanagement. An der Marktplatzidee ist hervorzuheben: Sie lenkt die Aufmerksamkeit auch auf das Erscheinungsbild öffentlicher Plätze in den Dörfern. Die Plätze an neue Bedarfe anzupassen und durch zweckmäßige Gestaltung zu würdigen Aufenthalts- oder Begegnungsorten zu machen, kann ein positiver Effekt solcher oder ähnlicher Vorhaben sein.

5. Handlungsempfehlungen

Die Beispiele zeigen unterschiedliche Trägerstrukturen, Kooperationsformen und Herangehensweisen zur Verbesserung der lokalen Lebensqualität. Bis zu einem gewissen Grad übernehmen es die Bewohner selbst, anzupacken und öffentliche Plätze, die Versorgungsstrukturen oder Mobilitätsangebote an veränderte Bedingungen anzupassen und zu gestalten. Hierzu zählt auch das lokale und regionale Zusammenwirken von Bürgern, Gewerbe, Kommunalpolitik und Verwaltung ebenso wie das Starten kleiner Initiativen und das Zulassen und Fördern von Ideen.

Daneben ist politische Gestaltung und innovatives Verwaltungshandeln auf Bundes-, Länder- und europäischer Ebene gefragt. Gesetzliche Hemmschuhe und Fallstricke sind zu identifizieren, um die Spielräume für neue Lösungen zu verbessern. Als wichtige Handlungsfelder sehen wir:

5.1 Förderung lokaler Strategieentwicklung und Umsetzungsbegleitung

Projektmanagement als Prozess begleitendes Instrument unterstützt lokale Akteure bei der Umsetzung ihrer Vorhaben. Damit es von der Projektidee bis zur Erfolgsbilanz kommen kann, braucht es personelle Ressourcen. Konzepte sind auf Tragfähigkeit zu prüfen, voranzutreiben und die entscheidenden Akteure an einen Tisch zu bringen. Es sind „Drehscheiben“ für Koordination, Vernetzung und Anleitung notwendig. Talente sind zu finden, einzubinden und zu fördern – auch, um die Arbeitsbelastung der oft mehrfach eingebundenen Verantwortlichen zu verringern. Hierzu bedarf es der praktischen Herausforderung der Menschen durch konkrete Aktionen und Projekte und auch des Trainings und der Weiterbildung.

Die Begleitung lokaler Veränderungsprozesse sollte darauf zielen, die Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Belange stärker in die eigenen Hände zu nehmen. Aktivitäten, die das Gefühl der Selbstwirksamkeit erhöhen, sind daher zu fördern, wie die Schaffung neuer Wertschöpfungsketten oder dezentraler Versorgungslösungen. Individuell erbrachte, ehrenamtliche Tätigkeiten schaffen einen Mehrwert für das Gemeinwesen – individuell nicht tragbare Risiken sollten entsprechend rechtlich abgesichert werden.

5.2 Stabilisierung durch Vielfalt

Die Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge ist eine wichtige Koordinate für die Lebensqualität in ländlichen Räumen. Dorfbewohner erwarten keine stadtähnliche Infrastrukturausstattung, wohl aber eine bedarfsgerechte Grundausstattung und akzeptable Entfernungen zu höherwertigen Angeboten (FREITAG, T. & C. RÖßLER 2009). Notwendig sind daher Konzepte, die sowohl die Mobilität der Menschen als auch die Mobilität der Waren und Dienstleistungen im Blick haben (KUHLICKE, C. et al. 2005). Dieses Zusammenspiel, das komplexe Ineinandergreifen von Angeboten und Nachfrage macht eines der Geheimnisse ländlicher Lebensqualität aus. Akteure, die mit ihren Ideen und ihren mal klein-, mal großformatigen Leistungen hieran mitwirken – sei es durch Abhol- und Bringedienste, e-commerce-Angebote, mobile Services – erhöhen die Angebotsvielfalt und generieren oder erhalten Beschäftigung. Kleine und kleinste „Einheiten" bei der Verbesserung des Angebots oder der Schaffung von Arbeitsplätzen sind wertzuschätzen – Erfolgs- oder Qualitätsmaßstäbe sollten sich nicht nach Quantität, sondern nach Passgenauigkeit, Bedarfsnähe und dem Nutzen für die Allgemeinheit richten.

Um entsprechende Lösungen zu fördern, braucht es die Anerkennung lokaler Aktivitäten, aber auch den über das Dorf hinausgehenden, regionalen Blick. Die raumordnerische Perspektive kann dazu beitragen, Potenziale aufzudecken – starre raumordnerische Vorgaben hingegen behindern angepasste Lösungen. Standardöffnungsverfahren und die Nutzung bestehender Experimentierklauseln sind notwendig, um an den ländlichen Raum angepassten Lösungen den Weg zu ebnen und „Raumpioniere" nicht zu behindern. Auf Seiten der Behörden gehört hierzu die kreative Handhabung von Ermessensspielräumen (BERLIN INSTITUT 2009).

5.3 Gemeingüter und Integrierte Ländliche Entwicklung

Die Beispiele zeigten die Verflechtung von Einzelprojekten mit der dörflichen und regionalen Entwicklung. Einem Spannungsbogen gleich braucht die regionale Entwicklung die dörfliche Entwicklung und innovative lokale Vorhaben; dörfliche Entwicklung braucht die regionale Einbettung und Vision.

Gemeinsames Gestalten und strategische Kooperationen unterschiedlicher Akteure sind wichtige Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben. Dies betrifft die, die jetzt da sind. Das vorauseilende Projizieren auf künftig möglicherweise nicht mehr vorhandene, weil abgewanderte oder nicht geborene Menschen ist nicht zweckdienlich.

Aktive Bürger schaffen gegenwärtig allgemein nutzbare Gemeingüter, wie z.B. Begegnungsräume, öffentliche Plätze, Mobilitätsangebote, kulturelle und Bildungsangebote, Traditionspflege etc. (vgl. HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG 2008; MOSS, T. et al. 2007; BONAS, I. et al. 2006). Integrierte ländliche und – damit auch dörfliche – Entwicklung umfasst all diese Facetten. Das Gelingen der Projekte ist kein Selbstläufer, sondern Verantwortungen, Belastungen und Ressourcen sind auszubalancieren zwischen staatlichen Akteuren, der Bürgerschaft, gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen. Die Lebensqualität wird auch in Zukunft ein streitbarer und hilfreicher Kompass bei diesen Bemühungen sein.

Literatur:

BACKMANN, K. (2009): Demografie in der ILE. Aspekte des demografischen Wandels in den Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepten Sachsens, Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG). Dresden. Manuskript. 35 S.

BEETZ, S. (2007): Innovationen der Infrastruktur in ländlichen Räumen unter der Perspektive von Lebensqualität. – In: BEETZ, S. (Hrsg.): Die Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – Landinnovation. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Berlin. Materialien Nr. 14: 9 – 19.

BEETZ, S. (2006): „Meine Kinder sollen frei entscheiden" – Migrationsorientierungen von Jugendlichen in ostdeutschen ländlichen Regionen. – In: STERBLING, A. (Hrsg.): Migrationsprozesse. Probleme von Abwanderungsregionen, Identitätsfragen. Krämer Verlag. Hamburg: 255 – 281.

BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG (2009): Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder, Berlin.

BONAS, I. et al. (Hrsg.) (2006): Gemeinschaftsnutzungsstrategien für eine lokale nachhaltige Entwicklung. Oekom Verlag. München.

DISSMANN, C., N. GRIBAT & B. NÖLTING (2008): Bilder des Wandels – Wandel der Bilder. Analysen zu Ostdeutschland. Discussion paper Nr. 28/2008. Zentrum Technik und Gesellschaft, Technische Universität Berlin. 41 S.

FLORA, P. & H. H. NOLL (1999): Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung: Individuelle Wohlfahrt und wohlfahrtsstaatliche Institutionen im Spiegel empirischer Analysen. Campus Verlag. Frankfurt / New York.

FREITAG, T. & C. RÖßLER (2009): Daseinsvorsorge aus Bürgersicht. Bewertung der Lebensverhältnisse und Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund der infrastrukturellen Ausstattung sächsischer Dörfer. LfULG Schriftenreihe Heft 31/2009. Dresden. 55 S.

HOLLBACH-GRÖNING, B. & J. TRAPP (2006): The Impact of Demographic Change on Local and Regional Government – Research Project. Council of European Municipalities and Regions (CEMR). Brüssel/Berlin. http://www.ccre.org/bases/T_599_36_3524.pdf. Geladen am 14.01.2010.

INSTITUT RETZL: Die alpha- und die beta-Welt, http://www.institut-retzl.at/gemeinde/index.html. Geladen am 21.12.2009. 3 S.

INTERDISZIPLINÄRER POLITISCHER SALON DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG „Zeit für Allmende“ (2009): Gemeingüter stärken. Jetzt! http://www.boell.de/downloads/Gemeinguetermanifest.pdf. Geladen am 21.12.2009. 4 S.

KUHLICKE, C., U. PETSCHOW & H. ZORN (2005): Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum. Studie für den Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.. Zusammenfassung und Fazit. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH. Berlin. 9 S.

LAYARD, R. (2005): Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft. Campus Verlag. Frankfurt / New York.

MOSS, T. et al. (2007): Zum Verhältnis von Gemeinschaftsgütern und Gemeinwohl – Überlegungen aus raumwissenschaftlicher Perspektive. Working Paper. Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS). Erkner. 44 S.

MÜLLER, D. (2009): Leitfaden zur Prüfung und Begründung der Demografierelevanz von ILE- und LEADER-Projekten. Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG). Dresden. http://www.smul.sachsen.de/laendlicher_raum/download/Leitfaden_Demografierelevanz_ILE-_und_LEADER-Projekte_090828.pdf.

SPELLERBERG, A., D. HUSCHKA & R. HABICH (2006): Quality of life in rural areas. Processes of divergence and convergence. http://www.soc.duke.edu/resources/sinet/papers06/Spellerberg.pdf

STATISTISCHES BUNDESAMT, GESIS & WZB (Hrsg.) (2008): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Billdung. Bonn.

Wir danken Ute Schwäbe vom Bürgerbusverein Lommatzscher Pflege e.V., Gudrun Brückner von der Stadtverwaltung Marienberg/Erzgebirge und Anja Schober, Regionalmanagement LEADER-Gebiet Elbe-Röder-Dreieck für ihre Mitarbeit an diesem Text.

Selbst ist das Dorf – Flächensparen in kommunalen Projekten

Otmar Weber,
Leiter der Agentur Ländlicher Raum, Saarbrücken

Agentur ländlicher Raum

Dienstleister für den ländlichen Raum:

- Beratung, Schulung,
- Dorfgespräche, Dorfbegleitung,
- Begehungen,
- Veranstaltungen, Förderberatung,
- Wege durch den demographischer Wandel,
- Modellprojekte (Melanie)

Wir machen Luscht auf's Dorf!

Mein Beruf:

Trainer für DorfLeben und ländliches Selbstbewusstsein

Soziale Prozesse in Dörfern gestalten!

Ausgangslage, Folgen und Ziele

Ausgangslage:

- Weniger Menschen in den Dörfern.
- Viel ältere Menschen in den Dörfern.
- Viel mehr Alleinlebende in den Dörfern.
- Vereine und sonstige Angebote sind nicht auf die veränderte Bevölkerungspyramide eingestellt, sie wollen es auch nicht wahrhaben!
- Vereine vermarkten sich ungenügend.
- Diese Strukturen verstärken sich.

Von den Alten und Jungen lebt das Dorf!

- Wollen Ältere ins Altersheim?
- Müssen Ältere ins Altersheim?
- Haben wir noch Altersheime oder nur noch Pflegeheime?

Warum sollen junge Leute in den Dörfern bleiben, wenn das Abhängen am Buswartehäuschen ihre Jugend war?

Quo vadis Dorfentwicklung?

Unter Dorfsanierung, Dorferneuerung, Dorfentwicklung verstehen die meisten die bauliche Weiterentwicklung der Dörfer!

- Das Dorf gehört seinen Menschen, der Mensch ist das Maß der Dorfentwicklung!
- Aktive Bürger haben lebendige Dörfer,

Alternative:

Schlafe mein Dörfchen, schlaf ein!

Ganzheitliche Dorfentwicklung
Förderung von sozialen Netzen und Initiativen!

Nachhaltige Dorfentwicklung besteht aus der
Kombination von baulicher und sozialer Entwicklung.

Sie schafft überlebensfähige und lebenswerte Dörfer!

Interkommunale Zusammenarbeit, Gewerbeansiedlung und Leerstandsbörsen – ein erfolgreicher Weg für die Stabilisierung ländlicher Räume

Siegfried Erhard, 1. Bürgermeister, Oerlenbach

Ausgangssituation

In den ländlichen Regionen sind zunehmend Leerstände in den Dörfern festzustellen. Gleichzeitig nehmen in nahezu allen Regionen die Einwohnerzahlen ab. Die Finanzausstattung der meisten ländlichen Kommunen ist unzureichend und lässt große Investitionen nicht zu.

Ursachen der Schwierigkeiten

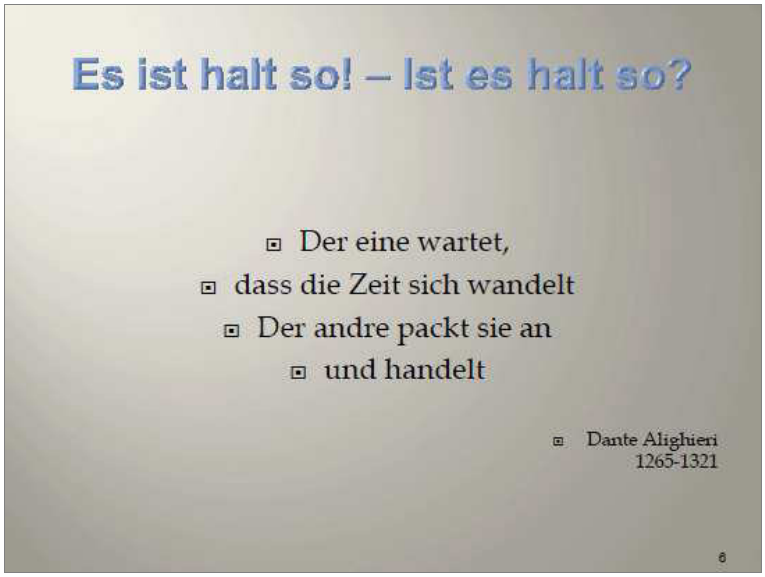
Die Entwicklung der Einwohnerzahlen in den Dörfern Frankens zeigt nach dem Abebben des Zuzugs aus den Ländern der ehemaligen UdSSR – wodurch der schon früher einsetzende Geburtenrückgang vorläufig überdeckt wurde – eine eindeutige Tendenz nach unten. Wegen der größeren Anzahl der Zuzüge aus den neuen Bundesländern und aus den ehemaligen Ostblockstaaten ab 1989 wurde dieser Rückgang zunächst kaum wahrgenommen. Neben der Bevölkerungsabnahme ist ein steigender Altersdurchschnitt zu konstatieren, mitbegründet auch durch eine neue Landflucht vor allem Jüngerer mit höherem Schulabschluss oder beruflicher Qualifikation.

Dies wird durch die verstärkten Bemühungen der Universitäts- und Hochschulstädte zur Hauptwohnsitzanmeldung der Studierenden und durch die oft höher qualifizierten Arbeitsstätten in Ballungszentren weiter befördert.

Weniger Einwohner und dünnere Besiedlung verteuern die Infrastruktureinrichtungen und tragen so zur Verschlechterung der Finanzlage der Gemeinden bei. Das „Kommunale Wettrüsten“ in Sachen Baulandausweisung und Bereitstellen von Gewerbeflächen meist auf der „grünen Wiese“ wurde zu lange und wird teilweise noch immer als Allheilmittel angesehen. Es kostet aber Geld, schafft ein Überangebot, versiegelt unnötig Flächen und verschärft dadurch die Situation, die man eigentlich verbessern möchte, zumindest was die jeweiligen Kommunalfinanzen, die Wirtschaftlichkeit der Erschließungsinfrastruktur und die Leerstandsproblematik angeht.

Attraktivitätssteigerung ländlicher Räume trotz klammer Kassen

Die sich ändernden Ansprüche an das, was als Wohnqualität gilt, wie der Verlust der Bindung an den Boden, das Arbeits- und Bildungs- aber auch Freizeitangebot der Ballungsräume, führen zu einer zunehmenden Wanderungsbereitschaft der Jugend. Mag Natur und Landschaft für viele auch ein wichtiges Wohnortkriterium sein, so werden andere Werte oft höher geschätzt.



Kann man schon die Bereitschaft zum Kind nur sehr begrenzt beeinflussen, so gilt es nach Wegen zu suchen, die die Lebensqualität im ländlichen Raum gleichwertig wenn nicht sogar besser als im Verdichtungsraum der Städte erscheinen lassen. Oft wird dabei die finanzielle Ausstattung der Gemeinden als Haupthindernis identifiziert und gelegentlich muss der Hinweis auf die vergleichbare Situation in den Nachbarorten zum Argument für die mangelnden Erfolgsaussichten herhalten. Resignation ist dennoch nicht am Platz.

Warum eigentlich sollte man nicht versuchen, gleiche Probleme gemeinsam zu lösen?

Warum sollte man nicht gemeinsam nach Konzepten suchen, die nicht zur Gleichmacherei führen, sondern eine Grundlage für individuelle, auf die jeweiligen Situationen vor Ort abgestimmte Planungen bilden. Gemeinden müssen sich künftig mehr als Partner denn als Mitbewerber verstehen.

Die Erarbeitung von Konzepten wie Abstimmung von Planungen und Entwicklungen verhindert unnötige Konkurrenz, mindert die Ausgaben des Einzelnen und lässt durch Kooperationen auch größere Projekte realisieren, die einer Kommune alleine versagt blieben. In vielen ländlichen Regionen haben sich deshalb interkommunale Allianzen gebildet, im Nordbayerischen Raum zum Beispiel entlang der neugebauten A 71.

Deren Gründung wurde meist durch das Entwicklungskonzept „A 71 – Impuls für Main-Rhön" angestoßen und durch das Amt für ländliche Entwicklung in Würzburg bzw. durch die Regierung von Unterfranken initiiert.

Die Interkommunale Allianz Oberes Werntal wurde 2003 von den Kommunen, die im Landkreis Schweinfurt an der A 71 liegen, und Oerlenbach aus dem Landkreis Bad Kissingen gegründet. Diese weisen eine heterogene Struktur von ländlich geprägt zur Stadtumrandgemeinde auf. Das Wirken dieser Arbeitsgemeinschaft zeitigte bald Erfolge, so dass sich einerseits weitere Gemeinden dieser Allianz anschlossen und entlang der neuen Autobahn mit der Allianz Henneberger Frankenland im Landkreis Bad Kissingen sowie der NES Allianz und der „ILE Grabfeldgau" im Landkreis Rhön-Grabfeld bald weitere interkommunale Zusammenschlüsse folgten. Zwischenzeitlich sind im Landkreis Schweinfurt alle Gemeinden in solchen Zusammenschlüssen verbunden und haben sich in allen unterfränkischen Landkreisen solche gebildet.

Handlungsfelder der interkommunalen Zusammenarbeit

Die zahlreichen interkommunalen Zusammenarbeiten, die in Unterfranken zur Entwicklung des ländlichen Raumes entstanden sind, erfolgen auf allen nur denkbaren Gebieten. Nahezu alle Handlungsfelder sind möglich. Nach dem Motto: Gelder, die ich in der Verwaltung sparen kann, werden frei für andere wichtige Investitionen, stehen oft für die Zusammenarbeit der Verwaltungen zum Beispiel im Bereich des Standesamtes, bei gemeinsamen Beschaffungen oder Inhouseschulungen oder der Bauhöfe, etwa beim Austausch oder der gemeinsamen Beschaffung von Gerätschaften und Maschinen, zur Verfügung. So können gemeinsames Verwaltungshandeln und Zusammenarbeit in Bauhöfen merklich Kosten senken, ohne spürbare Nachteile für die Bürger. Abgestimmtes Handeln ist in allen Bereichen möglich, im kulturellen Bereich durch überörtliche Abstimmungen, wie in der Naherholung und dem Tourismus beispielsweise durch ein gemeinsames Radwegenetz, im regionalen Marketing eventuell durch Regionalmärkte, in der Siedlungsentwicklung durch Abstimmungen von Baulandausweisungen, in der Ortskernrevitalisierung durch gemeinsame Entwicklungskonzepte, im Umgang mit Gewerbeflächen und in vielen anderen Bereichen.

Genau betrachtet gibt es eigentlich kein kommunales „Geschäftsfeld“, auf dem Zusammenarbeit nicht möglich erscheint, wenn auch bei manchen rechtlichen und fiskalischen Vorgaben Regelungsbedarf besteht. Die Erfolgsaussichten für gemeinsames Vorgehen steigen dabei mit dem Grad der überörtlichen Abstimmung und der Bereitschaft, dem anderen auch etwas zu gönnen.

Gewerbeansiedlung in Interkommunaler Zusammenarbeit

Ein wenig genutztes aber durchaus effektives Feld der interkommunalen Zusammenarbeit ist die Ausweisung von gemeinsamen Gewerbeflächen, obwohl ja gerade der Wirtschaftsentwicklung eine Schlüsselfunktion bei der Auswahl des Wohnortes zukommt, ist doch der Arbeitsplatz einer der wichtigsten Gründe für den Umzug ins Ballungsgebiet.

Noch ist das Konkurrenzverhalten der Gemeinden gerade auf diesem Gebiet vorherrschend, denn manch einer erwartet sich vom Gewerbegebiet einerseits Arbeitsplätze andererseits hohe Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Das Gewerbegebiet ist oft genug der Gradmesser einer erfolgreichen Kommunalpolitik. Allerdings werden gerade diese Hoffnungen auf florierende Gewerbeansiedlungen oft genug enttäuscht. Sichtbare Zeugnisse allerorten sind leere Gewerbegebiete mit einer Vielzahl untergenutzter Flächen. Nicht selten findet sich die gleiche Situation in geringer Entfernung auf dem Gebiet der Nachbargemeinde. Oft genug haben sich Gemeinden durch überzogenen und überteuerten Flächenaufkauf, durch Planungs- und Erschließungskosten in finanzielle Schwierigkeiten gebracht.

Ein gangbarer Weg, dem entgegen zu wirken, ist die kommunale Gewerbeflächenentwicklung, wie sie im Gebiet der kommunalen Allianzen Henneberger Frankenland und Oberes Werntal angedacht wurde und zwischen den Gemeinden Poppenhausen und Oerlenbach umgesetzt wird.

Eine Interkommunale Gewerbeentwicklung hat eine Vielzahl von Vorteilen. Zunächst lassen sich verschiedene Entwicklungsoptionen für die beteiligten Gemeinden vereinbaren. Während in der einen Gemeinde der Gewerbeentwicklung Vorrang eingeräumt wird, legt die andere den Schwerpunkt auf Wohnentwicklung oder auf den Ausbau der Erholungsfunktion, die vielleicht auch die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen betreffen können. Hier kann es jedoch nur gelingen, wenn der Bestand in den jeweiligen Gemeindegebieten gesichert ist und die Entwicklungsoption für bestehende Betriebe nicht angetastet werden. Natürlich wird man sich auf den Standort einigen, der im Wettbewerb und die Betriebsansiedlung die besten Chancen hat.

Gerade wenn es um Akquise geht, hat man durch einen attraktiven Standort allemal bessere Chancen als durch mehrere mittelmäßige.

Die Aufteilung der Kosten auf mehrere Schultern ist immer für jeden Beteiligten preiswerter.

Die Ausweisung und der Aufbau interkommunaler Gewerbegebiete erfordert zunächst eine ergebnisoffene Analyse des bestehenden Angebots und der möglichen Standorte im Hinblick auf Eigentumsverhältnisse, Größe, Erweiterungsmöglichkeiten, Anbindung, Erschließung Topographie und andere relevante Parametern, denn ein attraktiver Standort hat im Standortwettbewerb bessere Chancen. Gemeinsame Gewerbegebiete erleichtern die Akquise teilen die Kosten für Erschließung etc. und reduzieren Zersiedlung und Versiegelung.

Unter den teilnehmenden Gemeinden sind ein vertrauensvolles Miteinander und ein Umgang auf gleicher Augenhöhe unbedingt nötig. Als Organisationsform bietet sich der Zweckverband mit möglichst weitreichenden Rechten an. Dies kann das Beispiel des Interkommunalen Gewerbeparks Oerlenbach-Poppenhausen an der A 71 verdeutlichen. Das Gebiet des Gewerbeparks erstreckt sich über drei Gemarkungen, in zwei Gemeinden und liegt zu zwei Drittel im Landkreis Bad Kissingen und etwa ein Drittel im Landkreis Schweinfurt. Gerade auch Landkreisgrenzen können sich aus verwaltungstechnischen Gründen und wegen der Umlagenfinanzierung der Kreishaushalte durchaus als sehr hinderlich erweisen.

Die beteiligten Gemeinden haben dem Zweckverband nahezu alle rechtlich möglichen Zuständigkeiten eingeräumt und den Gemeinden gleiche Rechte bei paritätischer Besetzung der Organe, in denen alle zwei Jahre der Vorsitz zwischen den beteiligten Bürgermeistern wechselt. Alle anfallenden Kosten werden zu gleichen Teilen von den Gemeinden getragen, wie im Gegenzug eventuelle Mehreinnahmen verteilt werden. So wird gewährleistet, dass kein Partner übervorteilt wird.

Beim Zweckverband Gewerbepark A 71 wurden dem Zweckverband der Grundstückskauf und -verkauf genauso übertragen wie der Vollzug des Baugesetzes von der Bauleitplanung über Erschließungsbeiträge, Bodenordnung bis zur Erteilung des baurechtlichen Einvernehmens.

Der Zweckverband stellt die Ver- und Entsorgung sicher, wie die Unterhaltung der Erschließungsanlage mit sämtlichen Rechten und Pflichten des Straßenbaulastträgers und sorgt für den Vollzug der Bayerischen Bauordnung, der Straßenverkehrsgesetzte und Straßenverkehrsordnung sowie des Brandschutzes. Auch ist der Verband zuständig für die Realsteuerveranlagung und deren Einzug.

Leerstandsbörsen als Weg zur Stabilisierung ländlicher Räume

Als Folge des Strukturwandels in der Landwirtschaft ergaben sich im Dorf nahezu zwangsläufig Veränderungen im alten Ortskern und im Umfeld. Im Ortskern stehen zunächst Ställe und Scheunen leer, während die Wohnhäuser häufig zunächst noch von immer älter werdenden Bewohnern genutzt werden, ehe auch diese Gebäude leer werden. Auch wenn die Ortskerne manchmal noch gar nicht die Situation erkennen lassen, weil gelegentlich der Leerstand von den Eigentümern durch Gardinen an den Fenstern und gepflegten Vorgärtchen überdeckt wird. Die zunehmende Verödung in den Dörfern bedarf dringender Korrekturmaßnahmen, um dem Verfall der Ortskerne und einer unnötigen Zersiedelung entgegenzuwirken und die Vitalität zu erhalten.

Die Kommunale Allianz Oberes Werntal hat nach neuen Ansätzen gesucht, die über die gängigen Maßnahmen der Städtebauförderung und der Dorferneuerung hinausgehen, mit den Projekten „FLIZ-Flächenmanagement in interkommunaler Zusammenarbeit“ und darauf aufbauend „INKA-Innenentwicklungskonzept Interkommunale Allianz Oberes Werntal“ wurden von den Gemeinden der Allianz gemeinsam Modellprojekte auf den Weg gebracht

Wichtig in diesem Zusammenhang erscheint die „Oerlenbacher Erklärung“, die von den gleichen Kommunen beschlossen wurde. Die Landkreise Schweinfurt und Bad Kissingen, denen die Allianzgemeinden zugehören, übernahmen zwischenzeitlich das FLIZ-Projekt für das jeweilige Kreisgebiet.

FLIZ-Flächenmanagement in interkommunaler Zusammenarbeit

Ziel des FLIZ-Projektes war es, neben der Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die für den Erfolg der Maßnahme von größter Bedeutung ist, Handlungsperspektiven aufzuzeigen, innerörtliche Baulandpotenziale zu aktivieren und die Entwicklung wieder verstärkt in die Ortskerne zu lenken.

Das Unternehmen sollte in Ergebnis und Methode auf andere übertragbar sein und wurde als Modellprojekt vom Bayerischen Umweltministerium gefördert und begleitet. Zunächst erfolgte nach einer Errechnung des künftigen Baulandbedarfs der Vergleich mit den vorhandenen Leerständen und Baulücken. Das Ergebnis fiel noch viel gravierender aus als erwartet: Dem für die neun Gemeinden mit ihren zirka 45.000 Einwohnern errechneten Bedarf von 26 ha standen innerörtlich über 1400 klassische Baulücken, rund 70 untergenutzte Grundstücke, 41 gewerbliche Brachflächen, über 600 leerstehende bzw. untergenutzte oder vom Leerstand bedrohte Hofstellen sowie über 400 Wohngebäude ohne Bewohner bzw. mit hohem Leerstandsrisiko gegenüber. An Fläche ergab sich ein Angebot von über 250 ha, dem fast Zehnfachen des für das nächste Jahrzehnt errechneten Bedarfes.

Der Visualisierung kommt beim Bewusstmachen des Gesamtproblems eine erhebliche Bedeutung zu, denn der Ortsplan mit den farbig markierten Flächen lenkt den Blick auf das Ganze und kann so eine wertvolle Hilfe sein.

Gerade diese Erkenntnis hat auch bei manchen Eigentümern ein Umdenken erzeugt und die Verkaufsbereitschaft erhöht.

Wesentliche Bedeutung kam bei dem Modellprojekt der direkten Eigentümeransprache zu, da nur die Kenntnis der Eigentümerinteressen realisierbare Planungen im bebauten Bereich ermöglicht. Der überraschend gute Rücklauf erlaubte klare Erkenntnisse über Leerstände und Baulücken sowie über Absichten und Verkaufsbereitschaft der Eigentümer. Wichtig war dabei auch die Begleitung durch die Presse.

Die Ergebnisse wurden in eine eigens entwickelte Datenbank eingearbeitet, was zwar zunächst die Gemeindeverwaltung zusätzlich belastet, aber für die Zukunft unserer Dörfer sehr wertvolle Erkenntnisse vermittelt. Diese Datenbank, die vom Landesamt für Umweltfragen in Bayern kostenlos an alle Gemeinden abgegeben wird, erleichtert es, eine Bauland- und Immobilienbörse aufzubauen, die auch über das Internet genutzt werden kann. Auf dieser Datenbank sind alle wesentlichen Informationen über das jeweilige Grundstück abrufbar. Soweit die Zustimmung des Grundeigentümers vorliegt und Verkaufsbereitschaft besteht, kann auch der Kontakt zu Kaufinteressenten hergestellt werden.

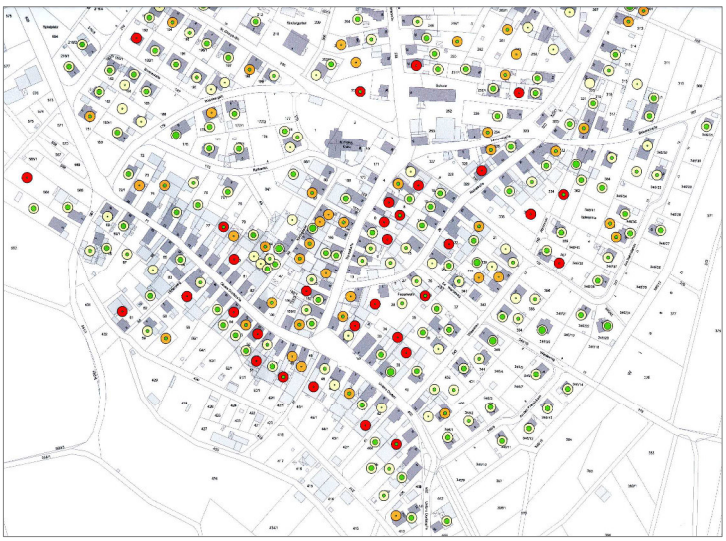
Das Modellprojekt FLIZ hat gezeigt, dass die von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitete, gezielte und systematische Eigentümeransprache helfen kann, die innerörtlichen Potenziale zu nutzen und einen Teil dazu beizutragen, die Innenentwicklung zu unterstützen.

Die „Oerlenbacher Erklärung“

Am 16.4.2008 erarbeiteten die Bürgermeister des Oberen Werntals mit Gemeinderäten und Multiplikatoren in einer gemeinsamen Erklärung Ziele und konkrete Maßnahmen zur Förderung der Innenentwicklung. Alle Gemeinderäte der beteiligten Kommunen ratifizierten diese Vereinbarung. Dabei einigte man sich auf den Grundsatz „Bestand vor Neuausweisung“.

Dadurch soll erreicht werden, dass alle Gemeinden der Allianz der Nachverdichtung und der Erhaltung innerörtlicher Bausubstanz den Vorrang vor der Neuausweisung von Baugebieten geben.

Man ging auch eine Selbstverpflichtung zur gegenseitigen Information bei flächenbezogenen Entwicklungen und Planungen ein.



Alle Gemeinde wollen wirksame Schritte zur Aktivierung innerörtlicher Baulandpotenziale einleiten. Auch der Aufbau einer Datenbank zur Innenentwicklung und einer gemeinsamen Immobilienbörse wurde in dieser gemeinsamen Erklärung beschlossen.

Dieses Manifest verpflichtete die teilnehmenden Gemeinden auch darauf, dass sie durch eine verstärkte, aktive Informationspolitik über die Presse und Schwerpunktsetzungen in den Bürgerversammlungen im Allianzgebiet das Problem- und Handlungsbewusstsein nicht nur in den Rathäusern und Gemeinderäten sondern in der gesamten Bürgerschaft zu stärken.

INKA –
Innenentwicklungskonzept der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal, Ortskernrevitalisierungsprojekt der Allianz Henneberger Frankenland

Das FLIZ-Projekt war und ist auch weiterhin ein bedeutender Handlungsansatz zur Erkenntnisgewinnung und zur Aktivierung der Innenentwicklungspotenziale. Freilich ist es nur ein wenn auch wichtiger Mosaikstein der großen Aufgabe Ortskernrevitalisierung.

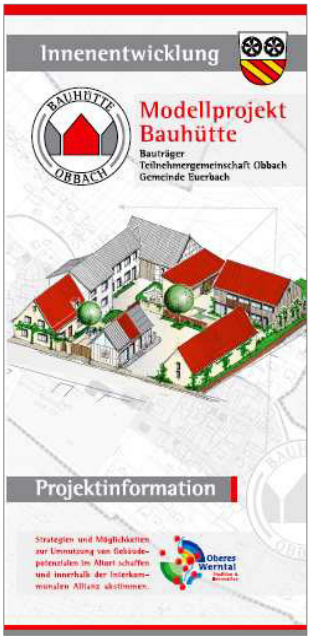
Die Gemeinden des Oberen Werntals schlossen an das Modellunternehmen FLIZ ein weiteres vom Amt für ländliche Entwicklung gefördertes Projekt an: das INKA (Innenentwicklungskonzept der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal). Dabei galt es, gemeindeübergreifend für zwölf der 46 Dörfer Möglichkeiten aufzuzeigen, wie der Problematik der leer fallenden, leer stehenden Gebäude und Baulücken in den Kernbereichen begegnet werden kann. Grundlage bildete dabei eine verfeinerte Ortskarte, auf der für die jeweiligen Grundstücke Anzahl der darauf befindlichen Haushalte und das Alter des jeweils jüngsten Haushaltsmitgliedes sichtbar gemacht wurde.

Gleichzeitig wurden unter dem Aspekt übertragbare Beispiele ortstypische Nutzungskonzepte für Einzelobjekte entwickelt, die zeigen, wie der Gebäudebestand sinnvoll durch Teilabbruch, Sanierung und Umnutzung so umgestaltet werden kann, dass sie modernen Wohnvorstellungen genügen. Ziel war es immer auch, übertragbare, gemeindeübergreifende, regionstypische Siedlungs- und Bauformen für die Nachverdichtung herauszuarbeiten. Dabei geht es gegebenenfalls auch um eine städtebaulich verträgliche Neubebauung, Nachverdichtung oder eine geeignete Umnutzung ungenutzter Bausubstanz.

In den Ortskernen sollen gegebenenfalls innerhalb der Allianz abgestimmte Funktionsschwerpunkte ausgewiesen werden.

Nach der städtebaulichen Analyse wurden auch Umsetzungsbeispiele für den Straßenraum und Handlungsempfehlungen herausgearbeitet. Dabei spielten auch Detailfragen wie Fenster, Hoftore und Farbgestaltung eine Rolle.

Schließlich gilt es, umsetzbare Möglichkeiten der Umsetzung in Entwürfen und gelungenen Best-practice-Beispielen aufzuzeigen.



Als weitere Unterstützung im Sinne der Beratung und Hilfe für Bauwillige muss auch die Bauhütte in Obbach erwähnt werden.

Diese Bauhütte in dem kleinen Dorf Obbach zeigt die Vorteile des Bauens im Innenbereich gegenüber der Ausweisung von Neubaugebieten. Hier werden innovative und kostengünstige Bautechniken anschaulich demonstriert. Das Ziel, die Bevölkerung zur Ortskernrevitalisierung zu motivieren, wird auch über Ausstellungen, Beratungen, Informationsmaterialien, Führungen und weitere Veranstaltungen verfolgt.

Resümee

Keine Gemeinde ist in ihrer Entwicklung alleine. Die ländlichen Räume lassen sich nur stabilisieren, wenn es die Gemeinden gemeinsam angehen. Für ein Gelingen einer Interkommunalen Zusammenarbeit gelten die Ideale der französischen Revolution auch heute noch.

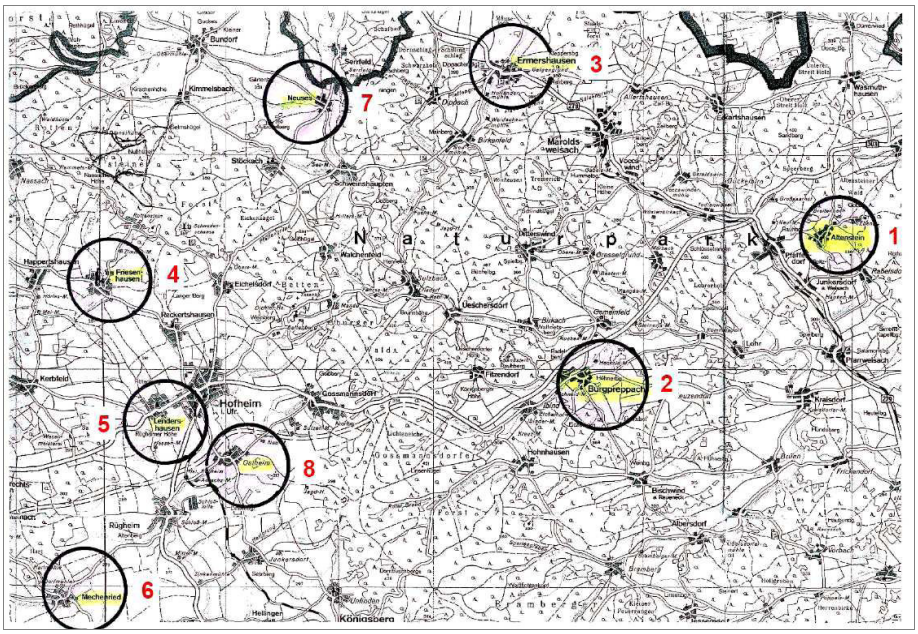
Bei einer zurückgehenden Bevölkerung hat jeder Neubau einen Leerstand im Gefolge. Erfolge im Kampf um Gewerbeansiedlung und gegen Verfall der Kernorte können nur gemeinsam in interkommunaler Abstimmung erzielt werden.

Gemeinde-Allianz Hofheimer Land

Wolfgang Borst,
1. Bürgermeister, Stadt Hofheim i.UFr.

Mitgliedsgemeinden:

- Stadt Hofheim mit 10 Stadtteilen.
- Gemeinde Aidhausen mit 6 Ortsteilen.
- Gemeinde Bundorf mit 6 Ortsteilen.
- Gemeinde Riedbach mit 5 Ortsteilen.
- Gemeinde Ermershausen.
- Marktgemeinde Burgpreppach mit 8 Ortsteilen.
- Marktgemeinde Maroldsweisach mit 17 Ortsteilen.
- Gesamt = 52 Stadt- / Ortsteile.



Start Juli 2007:

- Im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes LEADER des Landkreises Haßberge, soll eine zukunftsorientierte Dorfentwicklung erarbeitet werden.
- Als Modellgebiet wurde der nördliche Teil des Landkreises (VG Hofheim mit Marktgemeinde Maroldsweisach) ausgewählt.

Ziel:

- Erarbeitung eines Gebäude- und Flächenmanagements mit Vermarktung, das anschließend auf den ganzen Landkreis übertragen werden kann.

Situation:

- Gemeinden stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen,
- weniger Einwohner = weniger Steuereinnahmen,
- vorhandene Infrastruktur muss von weniger Bürgern finanziert werden,
- finanzielle Belastung der Gemeinden wächst, dadurch keine freie Finanzspanne und Handlungsspielraum,
- Wohnraumangebot wächst – dadurch Wertverlust der Grundstücke und Immobilien.

Ab 2008:

- qualifizierte Leerstandskartierung von 8 Mustergemeinden,
- Befragung der Besitzer von leerstehenden Gebäuden und Baulücken,
- Angebot einer kostenlosen Planungsberatung und Erstellen von Musterplanbeispielen,
- konsequente Medienoffensive (jede Woche ein Zeitungsbericht aus einer der Mustergemeinden),
- Informations-Flyer an alle Haushalte.

Fragen die der Informationsflyer behandelt:

- **Wer** ist die „Hofheimer Allianz“?
- **Was** bezweckt sie?
- **Welche** Ziele hat sie?
- **Wo** kommt das Geld her?
- **Wann** geht es los?
- **Wer** ist mein Ansprechpartner?
- **Wofür** ist die Erhebung des Gebäudeleerstandes?
- **Was** soll sie bezwecken?
- **Wie** profitiert der einzelne Bürger?
- **Welche** Chancen bietet die „Allianz“ allen?

		Leerstand	**zu erwartender Leerstand**
Altenstein	(EW 313)	8	4
Burgpreppach	(EW 521)	16	10
Ermershausen	(EW 609)	3	4
Friesenhausen	(EW 330)	8	6
Lendershausen	(EW 509)	10	3
Mechenried	(EW 462)	4	5
Neuses	(EW 112)	7	3
Ostheim	(EW 383)	3	6
Summe		**59**	**41**
= mittelfristiger Leerstand von 100 Wohngebäuden			

bebaubare Flächen:		Neubaugebiet	Altort
Altenstein	(EW 313)	8.933 qm	9.573 qm
Burgpreppach	(EW 521)	3.426 qm	6.428 qm
Ermershausen	(EW 609)	28.357 qm	4.153 qm
Friesenhausen	(EW 330)	6.029 qm	4,543 qm
Lendershausen	(EW 509)	4.418 qm	9.072 qm
Mechenried	(EW 462)	5.875 qm	5.855 qm
Neuses	(EW 112)	0 qm	2.815 qm
Ostheim	(EW 383)	0 qm	5.078 qm
Summe		**57.038 qm**	**47.517 qm**
		= ca. 150 Bauplätze!	

Flächenbilanz Stadt Hofheim mit Stadtteilen:

Leerstand	41.530 qm =	ca. 50 Bauplätze
Drohender Leerstand	123.175 qm =	ca. 150 Bauplätze
Baulücken und Siedlung	61.704 qm =	ca. 70 Bauplätze
		gesamt ca. 270 Bauplätze

Bedarf für 10 Jahre ca. 50 Bauplätze!

Grundsätze:

- Bauen, bzw. Renovieren im Ortskern muss günstiger sein als ein vergleichbares Objekt im Siedlungsgebiet!
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung!

Flankierende Maßnahmen:

- einheitliches Förderprogramm für „Investitionen zur Nutzung vorhandener Bausubstanz (€ 50 / m^2),
- Entsorgung des Bauschuttes weitgehend durch die Gemeinde,

- Planungsberatung mit Kostenschätzung durch Architekt der „Allianz“,
- komplette Ortskern-Überplanung (Ortskern mit bisher 15 Anwesen muss mit 10 Anwesen Lebensqualität ausstrahlen).

Bisherige Bilanz:

- 12 geförderte Baumaßnahmen leerstehender Wohngebäuden,
- 9 Verkäufe von Baulücken an Bauwerber,
- 5 Gemeindliche Ortskernprojekte.

Finanzierung der Kosten des Modellprojektes in Höhe von € 52.000,00

65 % Amt für Ländliche Entwicklung
17,5 % Landkreis Haßberge
17,5 % Allianz Hofheimer Land

Forderungen:

- Die Förderobergrenze bei Schaffung von öffentlichen Einrichtungen (z. Z. 60 T€, bzw. 100 T€) muss deutlich erhöht werden!
- Der Förderhöchstbetrag für private Maßnahmen von z. Z. 30 T€ muss deutlich erhöht werden!

Vorschlag:

- Sockelförderung von 25 % der nachgewiesenen Baukosten.

Unverzichtbare Begleiter:

- Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit mit Flächenmanagement – Datenbank,
- Staatsministerium des Innern,
- Amt für „Ländliche Entwicklung“,
- Medien zur Sensibilisierung der Bevölkerung,
- aktive Bürgermeister als Zugpferde und Motivatoren.

Überalterung, fehlende Arbeitsplätze, abwandernde Jugendliche und infrastrukturelle Defizite prägen unsere Dörfer – Kann die Dorfinnenentwicklung wirksame Impulse setzen?

(Ergebnisse der Podiumsdiskussion mit den Referenten am 15. Oktober 2009)

Prof. Axel Lorig,
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

1. Leidensdruck in Sachsen, als einem Land mit fortgeschrittener Entwicklung

Nach Dr. Angela Kunz ist nicht die Frage nach dem größten Leidensdruck zu stellen, sondern nach den großen Reserven, die im ländlichen Raum vorhanden sind. Die Chancen des ländlichen Raumes sind positiv zu bewerten. Wenn ausreichend „manpower" zur Verfügung steht, können die Probleme vor Ort gut angegangen werden. Dazu sind gute Regional- und Projektmanager nötig. Die aktuellen Förderrichtlinien sind noch zu sehr auf Investoren ausgelegt. Herauszustellen ist, dass die größte Schwäche der ländlichen Räume (nicht nur in Sachsen) ökonomische Schwächen sind bzw. der Mangel an Arbeitsplätzen und/oder gut qualifizierten Arbeitskräften.

2. Erfolgsfaktoren für das Gelingen interkommunaler Zusammenarbeit

Als sehr wichtig wird ein engagiertes und konsequentes Vorgehen der Bürgermeister angesehen. Erste Projekte müssen als Positivbeispiele genutzt werden, um weitere Initiativen anzuregen. Als wichtig wird auch die Außendarstellung durch Presse, Öffentlichkeitsarbeit und/oder öffentlichen Informationsveranstaltungen gewertet.

3. Unbürokratische und schnelle Förderung im Saarland („Tatort Dorfmitte", 50 x 3.000 €)

Otmar Weber ist überzeugt, diese saarländische Vorgehensweise sei gut auf andere Flächenländer, zumindest auf Landkreis-Ebene zu übertragen.

Im Vordergrund muss ein umfassendes Verständnis für die Tatsache stehen, dass bürgerschaftliches Engagement, angeregt durch bereits kleine Förderbeiträge, in der überwiegenden Zahl der Fälle zu einem Mehrwert führen.

4. Finanzielle Anreize, welche die Innenentwicklung von Ortskernen fördern

Frau Prof. Dr. Klärle bewertet Prämien von 5.000 bis 10.000 € als ausreichend und in der Praxis realisierbar an, wenn der Bauherr im Ortskern bleibt. Die Prämie gilt als „Dankeschön". Die Gemeinde muss, unter anderem mit Prämien betonen, dass das Bauen in der Ortsmitte gern gesehen ist. Weiterhin wurde gesagt, dass die Architekten/Planer auf dem Gebiet des innerörtlichen Bauens bzw. der Umnutzung von alten (landwirtschaftlichen) Gebäuden besser und zielgerichteter ausgebildet werden sollen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, da es nur Professoren und Planer für Städte gibt.

5. Wege und Hindernisse bei der Förderung der Innenentwicklung

Wenn die Forderung nach Bauen in einem Neubaugebiet besteht, muss in Zukunft die Gemeinde alles dafür tun, den Bauherren für ein Vorhaben im Ortskern zu überzeugen. Auf Gemeindeebene muss hier Initiative gezeigt werden und das Bauen im Ortskern (zum Beispiel über das Aufzeigen von guten Beispielen) attraktiv gemacht werden.

6. Strategien, die vorrangig vorangetrieben werden sollten

Als wichtig wird vor allem die Förderung sozialer Prozesse angesehen. Unter anderem muss der Vereinsamung von Menschen im ländlichen Raum entgegengewirkt werden. Die Ideen für eine nachhaltige Dorfentwicklung und die Förderung der Attraktivität ländlicher Räume sind weitestgehend da – allerdings muss die Umsetzung überdacht werden. Wichtig für ein effizientes Arbeiten auf regionaler/lokaler Ebene ist eine Anpassung der Organisationsstrukturen – zum Beispiel mehr Autonomie auf regionaler Ebene. Es müssen handlungsfähige Organisationsformen geschaffen werden. Fördermittel müssen bereitgestellt werden, um Anreize zu schaffen (Stichwort „Risikokapital"). Administrative Prozesse sind zu beschleunigen.

7. Dorfinnenentwicklung als Querschnittsaufgabe

Der zuständige Minister muss „seine Gemeinden“ unterstützen. Es wurde betont, dass die Unterstützung von kinderreichen Familien besonders vorangetrieben werden sollte. Die Kinderbetreuung und die Arbeitsmöglichkeiten für Mütter in ländlichen Räumen müssten dringend verbessert werden. Wichtig ist es aber vor allem, dass „erste Kind“ zu fördern, da hier die größten Schwächen liegen.

8. Wie können Zuzügler am besten in das Dorf integriert werden?

Hier wird ein persönliches Ansprechen als die beste Methode gesehen, um mit den Menschen in Kontakt zu treten. Nur durch persönliche Kontakte könnten die Menschen in das Dorf integriert werden.

Abschließendes Fazit

1. Die Förderung des „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK)“ sollte „Kümmerer“ für den Dorfumbau und die Dorfinnenentwicklung ermöglichen.
2. In der interkommunalen Zusammenarbeit sollte man mit kleinen gemeinsamen Aktionen beginnen, um die „Regionen“ handlungsfähig zu machen.
3. Wichtig ist, alle auf Augenhöhe zu halten (Bezug auf die Forderungen der Franz. Revolution: Einheit, Gleichheit, Brüderlichkeit).
4. Soziale Prozesse sind zu steuern und zu begleiten (Vereinsamung ist entgegenzuwirken).
5. Hauptthema des Dorfprozesses bleibt die Arbeitsplatzsituation.
6. Geld soll auch als Risikokapital für Experimente dienen.

Teil 2:

Mehr Dorf für weniger Bürger – Chancen und Perspektiven für ländliche Siedlungen

(3 parallele Workshops am 14. Oktober 2009)

Workshop 1
Selbst ist das Dorf:
Wie helfe ich mir als kleine Gemeinde bei schrumpfender Einwohnerzahl, weg brechender Infrastruktur, veränderter Energiesituation?

Andrea Soboth,
IfR, Institut für Regionalmanagement, Gießen

Schrumpfungsprozesse als Teil räumlicher Entwicklung und ihre Ursachen

Schrumpfung wird im räumlichen Zusammenhang verstanden als Verlust an Bevölkerung und wirtschaftlicher Aktivität. Schrumpfungsprozesse sind schon immer auch Teil räumlicher Entwicklung. Hauptursachen der heute zu beobachtenden Schrumpfungsprozesse in ländlichen peripheren Räumen sind die natürliche Bevölkerungsentwicklung (die aufgrund der niedrigen Geburtenrate zu einer Abnahme der Bevölkerung führt, die durch Migration nicht ausgeglichen werden kann) und eine wirtschaftliche Strukturschwäche. Auch wenn Schrumpfungsprozesse immer schon Teil räumlicher Entwicklung waren, werden sie heute gesamtgesellschaftlich als dramatisch rezipiert. Schrumpfungsprozesse konzentrieren sich heute nicht nur in abgelegenen Gebieten, sondern finden sich auch in der Nähe von Agglomerationen. Schrumpfungsprozesse sind ein gesamträumliches Phänomen. Sie sind häufig von Dauer und verstärken sich zum Teil selbst. Schrumpfungs- und Wachstumsprozesse können räumlich dicht nebeneinander stattfinden. Die Raumbeobachtung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zeigt dies eindeutig.

Auswirkungen von Schrumpfungsprozessen

Eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung (verbunden mit der bekannten Verschiebung der Altersstrukturen) und eine wirtschaftliche Strukturschwäche haben Auswirkungen auf die unterschiedlichsten Bereiche. In schrumpfenden Räumen werden soziale und gesellschaftliche Fragen laut: Wer lebt in den Dörfern? Wie können Jung und Alt gemeinsam leben und sich gegenseitig unterstützen? Welche dörflichen Netzwerke gibt es jetzt und in Zukunft? Wie prägen sie dörfliche/ kommunale Identität?

Auch stellt sich die Frage, ob und vor allem wie Lebensqualität sichergestellt werden kann, denn in schrumpfenden Räumen ist oftmals die Tragfähigkeit von Infrastruktur gefährdet. Damit ist Daseinsvorsorge ein zentrales Thema und dieses ist eng mit der Frage der kommunalen Finanzausstattung verknüpft. Auch haben Schrumpfungsprozesse Auswirkungen auf die heutige und die zukünftige Siedlungsstruktur.

Maxime der gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Räumen

Das Leitbild der gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Räumen ist eine Maxime politischen und gesellschaftlichen Handelns und fest in der Raumordnung verankert. Gleichwertige Lebensbedingungen auf dem Land bedeuten aber nicht gleiche Lebensbedingungen und damit eine gleiche Ausstattung wie in der Stadt. Aber die Lebensqualität und damit die Lebensbedingungen sind auch auf dem Land mit einer Grundversorgung zentraler Produkte und Dienstleistungen verbunden. In schrumpfenden Räumen ist dies aber aus beschriebenem Grund aktuell zum Teil in Frage gestellt, so dass Politik und Gesellschaft insgesamt entscheiden müssen, ob und vor allem wie diese Maxime in Zukunft aufrechterhalten werden kann.

Kommunale Daseinsvorsorge

Kommunale Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe lässt sich beschreiben als die Bereitstellung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Leistungen für die Gesellschaft mit den dazugehörigen Einrichtungen. Sichergestellt werden muss ein gleichberechtigter und verlässlicher Zugang zu angemessenen Preisen für die Allgemeinheit. Neben der öffentlichen Infrastruktur bedarf es für eine gute Lebensqualität aber auch privater Infrastruktur, die die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, mit weiterreichenden Produkten und Dienstleistungen gewährleistet.

Damit sind die Handlungsbereiche, in denen aufgrund von Schrumpfungsprozessen reagiert werden muss, vielfältig und miteinander verbunden. Sie reichen von den Feldern Bildung und Betreuung, medizinische und pflegerische Versorgung, Nahversorgung, Freizeit- und Sporteinrichtungen über die Infrastruktur für Post- und Finanzdienstleistungen, Kommunikationsplätze und -einrichtungen, Verkehrsinfrastruktur bis hin zur technischen Infrastruktur. Hier gilt es in unterschiedlicher Verantwortung Lösungen zu finden, die eine Grundversorgung der Bevölkerung sichern.

Ansatzpunkte zur Sicherung der Lebensqualität

Ansatzpunkte zur Sicherung der Lebensqualität sind auch in kleinen ländlichen Gemeinden in schrumpfenden Räumen zu finden, sofern man sich über den vorhandenen lokalen Handlungsspielraum im Klaren ist. Der Einfluss auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die allgemeinen Trends der Bevölkerungsentwicklung sowie auf gesamträumliche Schrumpfungsprozesse wird in einer einzelnen ländlichen Gemeinde insgesamt eher gering sein. Vielmehr gilt es jetzt in der kleinen ländlichen Gemeinde wahrscheinliche Entwicklungen zu identifizieren, zu akzeptieren und günstige Rahmenbedingungen für eine neue Entwicklung zu schaffen und Anpassungsstrategien für den Ort aufzulegen. Wie gut dies gelingen kann, wird von zukunftsorientierten politischen Entscheidungen auf den unterschiedlichen Ebenen und vom Engagement sowie der Mitwirkungsbereitschaft der Menschen in den Gemeinden abhängen, die ihre Heimat mitgestalten wollen.

Betrachtet man die Ansatzpunkte zur Sicherung der Daseinsvorsorge, so können nach KÖTTER, T. (2009)[1] verschiedene systematisiert werden. Sie reichen von der Zentralisierung und Konzentration über eine Dezentralisierung und Mobilisierung bis zu einer Neustrukturierung und Selbstorganisation des Angebots. Auch in der Frage der Verfügbarkeit (temporäre Einschränkungen) und Erreichbarkeit bestehen Möglichkeiten.

Auf Grundlage dieser Ausgangsüberlegungen hat der Workshop 1 „Selbst ist das Dorf: Wie helfe ich mir als kleine Gemeinde bei schrumpfender Einwohnerzahl, wegbrechender Infrastruktur, veränderter Energiesituation …?“ in drei Arbeitsgruppen unter zwei Fragestellungen getagt (siehe Abbildung 1). Diese waren: Wie helfen wir uns selbst? Welche Unterstützung benötigt eine kleine ländliche Gemeinde?

Arbeitsgruppe 1 hat sich dabei mit Fragen von Bildung und Betreuung und den lokalen Bedingungen für die Sicherung und Schaffung von Arbeit beschäftigt. Arbeitsgruppe 2 betrachtete den Bereich der Nahversorgung sowie der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung. In dieser Arbeitsgruppe wurde auch der Aspekt der Kommunikationsplätze in Dörfern mit diskutiert. Arbeitsgruppe 3 fokussierte sich auf technische Fragen und diskutierte die Energie- und Breitbandversorgung.

[1] KÖTTER, T. (2009): Innenentwicklung der Dörfer und Revitalisierung der Dorfkerne – von der Dorferneuerung zum Dorfumbau. – In: DLKG (Hrsg.): Dörfer ohne Menschen!? Zwischen Abriss, Umnutzung und Vitalisierung, Selbstverlag, S.24.

Abbildung 1: Workshop 1: Selbst ist das Dorf – Arbeit in drei Arbeitsgruppen
Quelle: LORIG, A. (2009)

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Das Vorhandensein von Arbeitsplätzen ist ein wichtiger Faktor für die Stabilität dörflicher Strukturen, auch in Schrumpfungsräumen. Da eine Kommune hier weitestgehend nur über die Gestaltung von Rahmenbedingungen Einfluss auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen nehmen oder neue Initiativen mit Arbeitsplatzpotenzial unterstützen kann, ist der lokale Handlungsspielraum begrenzt. Trotzdem ist es wichtig, folgende Fragen in kleinen ländlichen Gemeinden in den Blick zu nehmen (Abbildung 2):

- Wo finden junge, qualifizierte Menschen überhaupt einen Arbeitsplatz?
- Wie finden hoch ausgebildete Menschen zurück ins Dorf?
- Welche Potenziale für Arbeitsplätze gibt es im Dorf?
- Wer kann was im Dorf?
- Wie werden vorhandene Arbeitsplätze besetzt?
- Welche Megatrends mit Arbeitsplatzpotenzial (z. B. NaWaRo) können genutzt werden?

Größerer (kommunaler) Handlungsspielraum und eng verknüpft mit der Frage Arbeit ist in den Bereichen Bildung und Betreuung (von 0 – 99) vorhanden. Neben sehr grundsätzlichen Fragestellungen (Ist ein zentralisiertes Schulsystem noch richtig? Streben wir reisende Lehrer oder reisende Schüler an?) können hier vor Ort konkrete Ansatzpunkte verfolgt werden. In vorhandene Schulkonzepte können z. B. noch stärker Partner von außen wie Vereine eingebunden und Senioren als Vermittler von Erfahrungswissen eingesetzt werden. Die Frage der Kombinationsmöglichkeiten von bestehenden Angeboten ist auch in der Verbesserung der Betreuungssituation zu sehen. Darüber muss der Ausbau von mobilen Diensten bei der Versorgung älterer Bevölkerungsgruppen verbessert werden. Mehrgenerationenhäuser können weitere Impulse liefern. Besonders wichtig ist insgesamt, den Blick sowohl auf die Ansatzpunkte im Dorf, in der Gemeinde zu lenken aber auch die Notwendigkeit interkommunaler oder regionaler Ansätze zu sehen. Auch werden im Dorf Austauschplattformen benötigt, in denen temporäre Arbeitskreise themenbezogen arbeiten.

Abbildung 2: Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1: Arbeit, Bildung, Betreuung
Quelle: LORIG, A. (2009)

Ebenso wichtig für die Lebensqualität in Dörfern sind die Nahversorgung der Menschen und die Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung einer älter werdenden Bevölkerung. Gerade in der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs als auch mit weiteren Dienstleistungen haben eine Reihe an Einzelprojekten gezeigt, dass die Zentralisierung und die Zusammenführung von Angeboten (bspw. in Dorfzentren, Ärztehäusern) ein sinnvoller Ansatzpunkt sein kann. Aber nicht alles wird in allen Dörfern vorgehalten werden können, mobile und e-Angebote (e-commerce, e-banking etc.) sind daher auszubauen. Kann eine Kommune Angebote der Daseinsvorsorge nicht an allen Orten vorhalten, sind mit übergeordnetem Blick Lösungen zu finden, die eine angemessene Erreichbarkeit an anderer Stelle ermöglichen.

Die Versorgung mit schnellem Internet ist daher ein wichtiger Entwicklungsfaktor für kleine ländliche Gemeinden, da über das Netz strukturelle Nachteile peripherer Räume zum Teil ausgeglichen werden können. Gleichbedeutend wie die Anbindung ländlicher Gemeinden an die „Datenautobahn“ ist die Organisation und Sicherstellung der Energieversorgung. Um hier zukunftsweisend agieren zu können, sind bei einer häufig energetisch schlechten Gebäudesubstanz und zum Teil veralteter Anlagentechnik Effizienzstrategien notwendig. In welchem Maß ein intelligenter Energiemix vor Ort eingesetzt werden kann, hängt von den Rahmenbedingungen der Gemeinde ab.

FAZIT

Als Ergebnis des Workshops lässt sich somit zusammenfassen:

1. Interkommunale Zusammenarbeit und regionale Kooperation sind Voraussetzung und Strategie für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung im ländlichen Raum.
2. Multifunktionale Angebote der Daseinsvorsorge sind vorzuhalten – Erreichbarkeiten sind zu sichern.
3. Infrastruktur auf dem Land benötigt funktionierende Netzwerke.
4. Dörfer müssen sich selbst helfen – in Zukunft aber am besten in interkommunaler Abstimmung.

Workshop 2
Soziale Prozesse in Dörfern gestalten:
Wie organisiere ich Vereine, Feuerwehr und Ehrenamt mit immer weniger und älteren Bürgerinnen und Bürgern?

Otmar Weber,
Leiter der Agentur Ländlicher Raum, Saarbrücken

Eine Zusammenfassung:

Vereine sind das Rückgrat des gesellschaftlichen Lebens in unseren Dörfern!

Verlängerung der Ladenöffnungszeit, Gleitzeit in der Arbeitswelt, multioptionale Angebote in den Städten und Geburtenrückgang machen es den Vereinen in der Zukunft schwerer, Mitglieder zu halten und neue Mitglieder zu gewinnen.

Vereine müssen sich vermarkten lernen, ihre Angebote müssen die Menschen interessieren und anlocken, die Mitgliedsbeiträge müssen Familien, Kinder und altersgerecht sein. Der Verein morgen muss so offen sein, dass auch Bürgerinnen und Bürger an Ihren Angeboten partizipieren können, ohne Mitglied zu sein. Aber Sie können so den Verein, seine Vertreter kennen lernen.

Die Gruppe der Nichtvereinsmitglieder wird größer, um sie zu erreichen, sollten Vereine und Ortsgemeinschaften Arbeitsprojekte anbieten, die in einem überschaubaren Zeitrahmen Projektmitarbeit anbieten, die der Dorfgemeinschaft, der Allgemeinheit zu gute kommen.

Viele Mitbürger können sich so engagieren ohne sich zu binden!

Vereine sind überwiegend auf Jugend ausgerichtet, das Seniorenangebot wird in den nächsten Jahren wichtiger werden:

- als soziale Stütze für viele allein lebende Menschen,
- als neue Aufgabe für Seniortrainer und Seniormanager im Verein oder der Arbeitsgruppe,
- als Einnahmequelle für die Vereine!

daraus folgt:

- mehr altersspezifische Angebote für Senioren,
- mehr Angebote für Jung und Alt,
- mehr persönliche Ansprache der Senioren bei Veranstaltungen,
- seniorengerechte Ausstattung.

Das Dorf kann in der Zukunft nicht mehr alle Angebote aus sich heraus für die Bevölkerung anbieten!

das heißt:

- Kooperation der Vereine im Dorf (gemeinsame Veranstaltungen, gemeinsame Ausstattung),
- Kooperation und Schwerpunktbildung in der Region um in der Region alle Angebote aufrechterhalten zu können.

Vereine organisieren sich in Zukunft nicht mehr ohne Begleitung durch die gesellschaftlichen Gremien wie Ortsräte und Gemeinderäte. Das gesellschaftliche Leben der Dörfer ist abhängig von einer weitschauenden Regionalplanung, um Angebotsvielfalt vor Ort zu erhalten und zu stärken.

Selbst ist das Dorf nur, wenn es gelingt jung und alt zum ehrenamtlichen und nachbarschaftlichen Engagement zu führen. Werte die das Dorf in seiner Geschichte immer wieder geprägt und gestaltet haben!

Workshop 3
Flächen und Häuser im Wert erhalten:
Wie gestalte ich als Planer, Bürgermeister und aktiver Bürger partizipatives Flächenmanagement?

Paul Frowein,
Stellv. Leiter Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Rheinhessen-Nahe-Hunsrück

Am Beginn der DLKG-Bundestagung in Würzburg stand Workshoparbeit mit dem Ziel, die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer auf die Fachvorträge des zweiten Tages und die anschließende Podiumsdiskussion vorzubereiten. Der Workshop 3 zum partizipativen Flächenmanagement musste aufgrund der großen Zahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern in vier Gruppen unterteilt werden, die sich im Einzelnen mit Grundsatzfragen zum partizipativen Flächenmanagement, mit der Sensibilisierung der potentiellen Akteure, dem Bottom-up-Prozess und dem Umsetzungsprozess beschäftigten.

Gruppe 1: Grundsätzliches
– Stärken und Schwächen des partizipativen Flächenmanagements –

Die 1. Gruppe unterteilte ihre Workshoparbeit in eine Analyse der Probleme beim Flächenmanagement und in mögliche Lösungsansätze/-instrumente.

Bei den Problemen des Flächenmanagements allgemein wurden fehlende Transparenz, mangelnde Glaubwürdigkeit und unklare Ziele (Wachstum oder Schrumpfung) sowie die fehlende örtliche Marktanalyse zur gewünschten Flächennutzung zusammengetragen. Eine ganzheitliche Betrachtung auch über die kommunalen Grenzen hinaus wurde angemahnt. Im Speziellen sprach man die Schwierigkeiten des bisherigen Flächenmanagements (fehlende Projektträger, keine projekt- bzw. quartierbezogene Vorgehensweise, steuerliche Probleme und mangelnde Kenntnisse zu den Anforderungen des § 1 a BauGB insbesondere im Hinblick auf die Reduzierung des Flächenverbrauchs) an.

Eine Vielzahl von Lösungsansätzen konnten in der kurzen Zeit dargestellt werden.

Wichtig war der Gruppe, dass insbesondere im partizipativen Flächenmanagement ein Kümmerer ebenso wichtig ist wie derjenige „der den Hut auf hat". Die Wertschätzung des Wohnens und Arbeitens im Ortskern müsste über den Preis bzw. die höhere Attraktivität entfacht werden. Da die Dorfinnenentwicklung mit der Finanzierung steht und fällt, sind die Suche nach möglichen Investoren, das Denken in Alternativen sowie ein Umdenken in der staatlichen Förderung, z. B. der Dorferneuerung, unumgänglich. Bei der Planung, Umsetzung und Evaluierung der Dorfinnenentwicklung können der partizipative Ansatz, die Einrichtung eines Flächenpools sowie die Nutzung moderner Managementsysteme zielführend sein.

Zusammengefasst hat die Gruppe ihre Lösungsansätze mit der ganzheitlichen Betrachtung und sektoralen Vorgehensweise in der Dorfinnenentwicklung, wobei der Verpflichtung zur Innenentwicklung durch geeignete (Um-)Gestaltung der Förderinstrumente Nachdruck verliehen werden könnte, abgeschlossen.

Schlussstatement:
Nur mit partizipativem Flächenmanagement kann eine nachhaltige Innenentwicklung erreicht werden.

Gruppe 2: Sensibilisierungen
– Wer hebt den Stein? ➔ Wir packen das Problem an! –

Die Gruppe 2 hat den Kreis der zu sensibilisierenden Akteure angesprochen und geeignete Instrumentarien benannt.

Für die Dorfinnenentwicklung als klassische kommunale Aufgabe wären zunächst die Kommunalpolitiker zu sensibilisieren. Damit die Effizienz und Nachhaltigkeit des Prozesses gesichert wird, sind frühzeitig Bürger, Vereine und örtliche Initiativen sowie die Verwaltung für das Thema zu interessieren und deren Mitwirkung zu sichern. Wichtige Akteure (Altersgruppen, anerkannte Personen usw.) müssen gegebenenfalls direkt angefragt und zur Mitarbeit bewegt werden. Im nächsten Schritt schlägt der Workshop vor, die Bürger unmittelbar durch Fragebogenaktionen an alle Haushalte, publizierte Checklisten und Aufforderungen zu einfachen Bestandsaufnahmen (z. B. Leerstände, Baulücken, Grundversorgung usw.) in die Stärken-Schwächen-Analysen mit einzubinden. Dabei ist es wichtig, die Ergebnisse transparent zu machen. Dazu geeignet sind neben der schriftlichen Veröffentlichung, Bürgerversammlungen und Veranstaltungen von örtlichen Vereinen und Gruppierungen.

Unterstützend können gelungene Beispiele aus anderen Gemeinden aufgezeigt werden, nicht zuletzt, um auch weitere Gruppen (Schüler und Jugend, örtliche und überörtliche Allianzen usw.) zum Mitwirken zu animieren.

Schlussstatement:
Die Augen öffnen für die Frage: „Haben wir eine Zukunft?“
Sensibilisierung ist ein wichtiger, wenngleich auch sehr sensibeler Prozessschritt!

Gruppe 3: Bottom-up-Prozess (Dorfwerkstatt)
– Wo liegen unsere Probleme? – Ideenfindung –
Was lässt sich umsetzen? –

Der dritten Gruppe ist es gelungen, den Bottom-up-Prozess grundlegend zu erarbeiten und das nötige Handwerkszeug zu beschreiben, in dem sie die wichtigen Mitglieder einer Dorfwerkstatt aufgelistet, die Arbeitsweise strukturiert, die nötigen Unterlagen und Hilfsmittel zusammengefasst und letztendlich die möglichen Partner außerhalb der eigentlichen Werkstattarbeit benannt hat.

Um keinen Bürger an der Mitwirkung im Prozess auszuschließen, werden zu Beginn mindestens zwei Dorfkonferenzen vorgeschlagen, eine für den Gründungsprozess und eine für die Zieldefinition. Neben der praktischen Arbeit kommt der auf breiter Basis aufzustellenden Werkstatt eine Koordinierungsfunktion auch im Hinblick auf die Umsetzung sinnvoller Projekte zu. Ihr obliegen auch die Erarbeitung der Stärken-Schwächen-Analyse sowie der kontinuierliche Informationsfluss aus der eigenen Arbeit zu den Bürgern.

Als mögliche Mitglieder werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit Bürgermeister, Kommunalpolitiker, Vereinsvorsitzende, Unternehmer, Vertreter aus Kirchen und sozialen Einrichtungen, Grundstückseigentümer, engagierte Bürger sowie externe Berater (Planung, Moderation) aufgelistet.

Um die Ehrenamtlichen nicht über Gebühr zu beanspruchen, ist es wichtig, die Arbeitsweise klar zu strukturieren. Dazu werden eine Geschäftordnung und eine Sitzungsplanung vorgeschlagen. Zur praktischen Arbeit zählen Ortsbegehungen, der Entwurf eines Leitbildes, die Definition von Handlungsfeldern und umsetzbaren Maßnahmen sowie die Suche nach Vernetzungsmöglichkeiten mit anderen Initiativen. Die Benennung eines Kümmerers, die Zuarbeit durch Facharbeitsgruppen und bedarfsorientiertes Einberufen von Dorfkonferenzen erleichtern die Arbeit und sind Erfolgsgaranten.

Die Dorfwerkstatt ist für eine nachhaltige Arbeit auf gute und umfassende Unterlagen angewiesen. Als solche werden soziale und infrastrukturelle Analysen, Ergebnisse von Bürgerbefragungen, Kartenmaterial und Bestandserfassungen (Haushaltsgrößen, Leerstandskataster, Umfeldanalysen usw.), gemeindliche und überörtliche Planungen (Bauleitplanung, Planungen Dritter usw.) beispielhaft aufgelistet.

Partner der Dorfwerkstatt können Makler, Gutachter, Behörden, Nachbargemeinden, Sponsoren, überörtliche Fachverbände, Kreditinstitute, Genossenschaften, Stiftungen/Fonds, Energieversorger/-berater u. v. a. sein.

Schlussstatement:
Eine breite Basis ist Voraussetzung für erfolgreiche Werkstattarbeit mit dem Ziel, sinnvolle Maßnahmen zeitgerecht umzusetzen.

Gruppe 4: Umsetzungsprozess
– Ideen sind wichtig und gut, aber der (schnelle) Erfolg zählt! –

Die Gruppe 4 beschäftigte sich mit der Projektumsetzung und schließt damit den Kreis des Workshopthemas „partizipatives Flächenmanagement".

Beschrieben werden der Prozess selbst, die geeigneten Instrumente und die Mitwirkenden an der Umsetzung, wobei ein externer oder interner Mediator für sinnvoll erachtet wird.

Der Prozess beginnt schon mit der Problemanalyse und dem Beschreiben der Ist-Situation über die Zielformulierung bis zu einem Leitbildentwurf, wobei die Bereitschaft zur Umsetzung (Gegenstromprinzip) immer im Fokus stehen sollte.
Das Planungsinstrument ist vorrangig die Bauleitplanung mit dem Grundsatz der Innenentwicklung vor Außenentwicklung aufbauend auf den raumplanerischen Vorgaben. Die eigentlichen Umsetzungsinstrumente beginnend von der privatrechtlichen Bodenordnung über die Möglichkeiten der Umlegung nach BauGB bis hin zur Dorfflurbereinigung werden benannt, wobei in der Regel das für den Einzelfall notwendige und besonders geeignete Verfahren zur Anwendung kommen soll.

Den Mitwirkenden am Umsetzungsprozess, beginnend bei der Kommune über die Bevölkerung – und dort speziell der Eigentümer – bis zum Planer, kommen zentrale Aufgaben zu.

Im Dorfmarketing werden Angebot und Nachfrage zusammengeführt, wobei der Gemeinde die Maklerrolle zukommt. Nutzung der Infrastruktur, Potenziale der angebotenen Objekte und Fördermöglichkeiten können besondere Anreize zur Innenentwicklung bieten.

Letztendlich werden auch externe Lösungsansätze im Sinne von Gesetzesanpassungen auf die neuen Herausforderungen angesprochen. Dazu wären Modifizierungen des Bodenordnungsrechtes und des Bauordnungsrechtes auch bezogen auf gesetzliche Regelungen zur Enteignung und zum Verkauf denkbar.

Schlussstatement:
Der Umsetzungsprozess ist als dauerhaftes Dorfmarketing zu sehen, um eine Aufbruchstimmung im Ort zu schaffen und externe bzw. interne Immobiliensuchende unter flexiblem Einsatz der bekannten Bodenordnungsinstrumente für eine Aktivierung des Dorfes zu gewinnen.

Resümee zur Workshoparbeit

Das große Interesse der Tagungsteilnehmer/-innen (84 Anmeldungen allein zum Workshop 3) an der Workshoparbeit spiegelte sich auch in dem Engagement der vier Einzelgruppen wider. In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde die Workshoparbeit als geeignete Einstimmung auf die Fachbeiträge der Tagung hervorgehoben.

Workshop 3:
Flächen und Häuser im Wert erhalten
Quelle: LORIG, A. (2009)

Die „Würzburger Erklärung“

(20. Jahrestagung der DLKG in Würzburg, im Oktober 2009)

Dörfer ohne Menschen!? – zwischen Abriss, Umnutzung und Vitalisierung

„Würzburger Erklärung 2009“ der Deutschen Landeskulturgesellschaft zur Dorfinnenentwicklung

1. Interkommunale Zusammenarbeit und regionale Kooperation sind Voraussetzung und Strategie für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung im ländlichen Raum.

2. Multifunktionale Angebote der Daseinsvorsorge sind vorzuhalten – Erreichbarkeiten sind zu sichern.

3. Infrastruktur auf dem Land benötigt funktionierende Netzwerke.

4. Dörfer müssen sich selbst helfen – in Zukunft aber am besten in interkommunaler Abstimmung.

5. Bevölkerungsrückgang und Überalterung zwingen Kirchen, Vereine und Sozialträger, andere Wege einzuschlagen und neue Kooperationsformen zu wählen.

6. Offene Netzwerke für Dorfprojekte werden zu den „Vereinen“ der Zukunft.

7. Soziale Prozesse in den Dörfern erfordern Innovatoren und benötigen gezielte Unterstützung.

8. Eine nachhaltige Innenentwicklung wird nur durch ein partizipatives Flächenmanagement Erfolg haben können.

9. Die Sensibilisierung der Menschen in den Dörfern ist eine schwierige Aufgabe – die Menschen sind dort abzuholen, wo sie stehen.

10. Nur mit einer breiten Akzeptanz und Beteiligung Aller sind Erfolge in der Dorfinnenentwicklung möglich.

Fazit:

Soll das Dorf als Wohn- und Lebensraum auf Dauer attraktiv bleiben ist ein Problembewusstsein für die Dorfinnenentwicklung notwendig. In den Dörfern muss eine Aufbruchstimmung entstehen.

Anschriften der Autoren

(in alphabetischer Reihenfolge)

Anschriften der Autoren

Wolfgang Borst
1. Bürgermeister Stadt Hofheim i. UFr.
Obere Sennigstraße 4
97461 Hofheim i. UFr.
Telefon: (09523) 7014, Fax: (09523) 7894
bgm.borst@gmx.de
www.stadt-hofheim.de

Siegfried Erhard
1. Bürgermeister Gemeinde Oerlenbach
Schulstraße 8
97714 Oerlenbach
Telefon: (09725) 7101-13, Fax: (09725) 7101-27
Siegfried.erhard@oerlenbach.de
www.oerlenbach.rhoen-saale.net/Home

Paul Frowein
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR)
Rheinhessen-Nahe-Hunsrück
Abteilung Landentwicklung und Ländliche Bodenordnung
Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörde, Dienstsitz Simmern
Schloßplatz 10
55469 Simmern
Telefon: (06761) 9402 32, Fax: (06761) 9402 75
paul.frowein@dlr.rlp.de
www.dlr.rlp.de

Prof. Dr. Martina Klärle
Ingenieurbüro Prof. Dr. Klärle
Würzburger Straße 9
97990 Weikersheim
Telefon: (07934) 99 288-0, Fax: (07934) 99 288-9
info@klaerle.de
www.klaerle.de/html/frame.html

Dr. Angela Kunz
Referat 23 "Ländliche Entwicklung"
Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
Söbringer Straße 3a
01326 Dresden
Telefon: (0351) 26 12 23 00, Fax: (0351) 26 12 23 99
Angela.kunz@smul.sachsen.de
www.smul.sachsen.de/lfulg

Prof. Axel Lorig
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Str. 5a
55116 Mainz
Telefon: (06131) 16-2490, Fax: (06131) 16-172490
Axel.Lorig@mwvlw.rlp.de
www.mwvlw.rlp.de

Leonhard Rill
Leiter des Referats Dorferneuerung und Landespflege
Abteilung Ländlicher Raum und Landentwicklung
Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Ludwigstraße 2
80539 München
Telefon: (089) 21 82 23 96, Fax: (089) 2 18 21 73 96
leonhard.rill@stmelf.bayern.de
www.landentwicklung.bayern.de

Dipl. Geogr. Anne Ritzinger
Technische Universität München
Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung
Arcisstr. 21
80290 München
Telefon: (089) 289-22574, Fax: (089) 289-23933
Ritzinger@landentwicklung-muenchen.de
www.landentwicklung-muenchen.de

Dr. Ulrike Schumacher
Referat 23 "Ländliche Entwicklung"
Söbringer Straße 3a
01326 Dresden
Telefon: (0351) 26 12 23 00, Fax: (0351) 26 12 23 99
Ulrike.schumacher@smul.sachsen.de
www.smul.sachsen.de/lfulg

Dipl.-Ing. agr. Andrea Soboth
IfR Institut für Regionalmanagement
Riegelpfad 8
35392 Gießen
Mobil: (0179) 6 71 62 79, Fax: (06442) 81 98
soboth@ifr-regional.de
www.ifr-regional.de

Otmar Weber
Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft
Keplerstraße 18
66117 Saarbrücken
Telefon: (0681) 501-4334, Fax: (0681) 501-4670
o.weber@wirtschaft.saarland.de
www.saarland.de/ministerium_wirtschaft_wissenschaft.htm

Redaktionelle Richtlinien für Autoren

Redaktionelle Richtlinien für Autoren
Schriftenreihe der Deutschen Landeskulturgesellschaft – DLKG

Stand am: 1. April 2010

1. Einreichung und Annahme von Manuskripten

Bitte reichen Sie unter Beachtung der Redaktionellen Richtlinien das Manuskript an die Geschäftsstelle der DLKG, z. H. Frau Kannemann.

Die eingereichten Manuskripte unterliegen der Begutachtung durch den Vorstand der DLKG.

Anschrift:
Frau Viola Kannemann
Institut für Landnutzungssysteme
Eberswalder Str. 84
15374 Müncheberg
Telefon: (033432) 82-310, Telefax: (033432) 82-387
vkannemann@zalf.de

Druck und Bindung:
Pro BUSINESS
Digital printing & copyservice GmbH
Schwedenstraße 14
13357 Berlin
Telefon: (030) 499 785-0, Telefax: (030) 499 785-55
info@pro-business.com

2. Anforderungen an die Manuskripte

2.1. Äußere Form

Die Manuskripte sind digital auf Datenträger per Post oder per e-Mail an die Geschäftsstelle zu richten.

Der Umfang (Seitenzahl) des Manuskriptes ist dem Autor überlassen.

Gewünscht ist eine sachliche, übersichtlich gegliederte Darstellung.

Die Überschrift sollte möglichst mit dem Vortragstitel übereinstimmen.

Gliederung mit möglichst kurzen Zwischentiteln, kurze Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse am Schluss.

Der Text sollte unformatiert und in Standardsoftware (Microsoft Word) oder rtf-Format erstellt sein.

2.2. Abbildungen und Tabellen

Fotos, Diagramme oder Tabellen, die den Text sinnvoll ergänzen oder veranschaulichen, sind sehr erwünscht.

Abbildungen und Tabellen sind jeweils durchgehend zu nummerieren.

Abbildungen sind im png- oder jpg-Format, 200 bis 600 dpi im Text oder als Extra-Dateien zu liefern (wenn als Extradateien geliefert, bitte kennzeichnen, wo diese im Text platziert werden sollen).

Wichtig!

Um eine gute Druckqualität zu gewährleisten, speichern Sie bitte Ihre Abbildungen bzw. Fotos im CMYK-Modus ab.

2.3. Literatur

Aufzählungen verschiedener Autoren im Literaturverzeichnis bitte mit Komma trennen. Vor dem letzten Autor ein &-Zeichen setzen. Im Text ebenfalls mit &-Zeichen. Autoren bitte nicht in Großbuchstaben schreiben; besser Kapitälchen.

Beispiel im Literaturverzeichnis:
OLSON, W., G. BERGER, H. PFEFFER & M. GLEMNITZ (2008): …

Beispiel im Text:
Dort werden maximal zwei Autoren eines Werks aufgezählt: BERGER, G. & H. PFEFFER (2000), bei mehreren Autoren heißt es sonst: BERGER, G. et al. (2000).

Literatur-Beispiele:
KEHREN, A.V. & J. M. DE BENITO (2002): Aktueller Stand und Perspektiven der Umsetzung von natura 200 in Deutschland. – Abh. Naturwiss. Verein Bremen 43 (2): 409 – 427.
DRÖSCHMEISTER, R. (1996): Ausgewählte Ansätze für ein Monitoringprogramm. – In: Fachsektion freiberufl. Biologen im VdBiol. (Hrsg.): Symposium "Praktisches Biomonitoring". Selbstverlag. Bochum: 78 – 89.
SCHWAIGER, H., M. SCHNITTLER, G. BERGER & U. BOHN (1991): Untersuchungen über Wiesenbrüter. Ein Monitoringprogramm. – Unveröff. Gutachten i. A. des Bayer. Landesamtes für Umweltschutz. München. 26. S.

3. Bedingungen für die Veröffentlichung

Mit Übersendung des Manuskriptes an den Verlag versichert der Autor, dass sein Beitrag sowie die durch ihn selbst beschafften fremden Text- und Bildvorlagen keine Rechte Dritter verletzen, dass er allein befugt ist, über die daran bestehenden urheberrechtlichen Nutzungsrechte zu verfügen.

Der Autor überträgt dem Verlag räumlich unbeschränkt für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das ausschließliche Recht der Vervielfältigung und Verbreitung (Verlagsrecht), und zwar ohne Mengenbegrenzung, das Recht der unkörperlichen Wiedergabe des Werks, das Recht, das Werk jedermann zum individuellen Abruf zugänglich zu machen, sowie das Recht der Lizenzvergabe an Dritte im In- und Ausland zur Ausübung der übertragenen Nebenrechte.

Der Verlag ist zur Verwertung der ihm zustehenden Nutzungsrechte befugt, aber nicht verpflichtet.

4. Korrekturen

Die Autoren erhalten im Falle von inhaltlichen Korrekturwünschen das Manuskript mit Änderungs- und Ergänzungshinweisen zurück; dieses sollte umgehend korrigiert und gegengezeichnet innerhalb von zwei Wochen an die Redaktion zurück gesandt werden.

Bitte stellen Sie Ihre Erreichbarkeit sicher.

Die Autorenkorrektur beschränkt sich auf Satzfehler.

Die Redaktion behält sich vor, Manuskripte nach Ablauf von zwei Wochen mit eigenen Korrekturen zu veröffentlichen.